

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1913**

143 (23.6.1913) Erstes Blatt

# Volkshfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementspreis: Zugestellt monatl. 75 s., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 65 s.; am Postschalter 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 7 1/2 Uhr. Postfachkonto Nr. 2850. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 s. Lokalinserte billiger. Schluss d. Inseratenannahme 1/2 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittage zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

### Klerikalisation der bayerischen Universitäten.

Man schreibt uns aus München: Seit einiger Zeit wurde in der bayerischen Zentrums- und Katholikenpresse über die Zurücksetzung der Bayern und Katholiken bei der Befestigung der Professur geschrieben. Den Anlaß gab scheinbar die Berufung des Historikers Erich Marcks an Stelle Geigels nach München. Jetzt stellt sich heraus, daß das ganze Geschrei über die Zurücksetzung der Katholiken in Bayern, nach bekannter klerikaler Strategie, nur erhoben worden ist, um den großen Erfolg zu verdecken, den der Klerikalismus im Kampf mit der Wissenschaft der Universitäten errungen hat.

Herr Marcks ist allerdings, wie die Staatszeitung halbamtlich, unter kleinlauten Entschuldigungen mitteilt, nach München berufen worden, und hat den Ruf auch angenommen; für die Nachfolge Geigels hätte nicht von vornherein auf den noch immerhin engen Kreis bayerischer Historiker Rücksicht genommen werden können, „zumal da gerade diese auf den von Geigel hauptsächlich vertretenen Sachverhalte der neueren Geschichte publizistisch weniger hervorgetreten sind“. Diese Wertschätzung bayerischer Historiker mag auf sich beruhen. Der Fall Marcks ist nicht sonderlich aufregend. Dieser Gelehrte hat seine Geschichtsauffassung zwischen Bismarck und den Hohenzollern angefedelt, mit jenem Schuß modernschillernder Unbefangenheit, ohne die heute ein professoraler Elegant nicht zu Ansehen kommen kann; außerdem ist er ein beliebter Rhetor.

In dem gleichen Artikel nun, der die Berufung des Herrn Marcks verteidigt, wird auch mitgeteilt, „daß auf Grund allerhöchster Ermächtigung der durch den letzten Landtag bewilligte Lehrstuhl für Pädagogik an der Universität München dem bekannten Universitätsprofessor Dr. Friedrich Wilhelm Förster in Wien angeboten werden wird und daß sichere Hoffnung besteht, diesen Gelehrten für München zu gewinnen.“ Mit dieser Berufung wird die pädagogische Unterweisung der Mittelschullehrer einem klerikalen Fanatiker überwiesen, der sicher keinen Anstoß bei der Zentrums- und Katholikenpresse erregen wird, obwohl er sogar ein Berliner, von Haus aus ein Protestant und Sohn eines Wortführers freigeistiger humanitärer und demokratischer Weltanschauung ist, des alten prächtigen Astronomen Wilhelm Förster, des Begründers der Gesellschaft für ethische Kultur.

Friedrich Förster antikambrizierte bereits ausdauernd in München, als die pädagogische Professur noch gar nicht bewilligt war. Bald nach dem Beginn des Ministeriums Serling wurde in Universitätskreisen erzählt, daß dieser Mann für die künftige Professur Favorit sei. Der auffällige Eifer, mit dem das Zentrum sich gerade für diese Professur einsetzte, wird jetzt erklärlich; man wollte für den in der Schweiz obdachlos gewordenen Förster in München eine Heimstätte schaffen. Förster hat bisher keine wissenschaftliche Leistung aufzuweisen, er ist lediglich der Verfasser von einigen frömmelnden pädagogischen Erbauungsbüchern. Er stand ein auf der äußersten Linken, übertraf die Sozialdemokratie an Radikalismus, um dann unter allerlei persönlichen Einflüssen ein zerknirschter Renegat zu werden. Das empfahl ihn der herrschenden Partei und so wurde keiner der wissenschaftlich hervorragenden Professoren der Pädagogik nach München berufen, sondern eben dieser Dozent, dem die Aufgabe zufällt, die ihm zugängliche Jugend wieder zu klerikalieren. Es ist keine wissenschaftliche Professur, sondern eine parteipolitische, und die Staatszeitung rühmt den neuen Mann, denn auch als einen strahlenden Vertreter dessen, was sie positives Christentum nennt.

So hat das Zentrum an einer höchst einflussreichen Stelle einen der feinsten untergebracht und deshalb lenkte man die Aufmerksamkeit auf den Fall Marcks ab. Vielleicht holt man sich bald auch ein paar Lourdesmediziner und Sozialpolitiker aus München-Glabbech. Wird aber Förster im Einverständnis mit der Münchener Fakultät berufen?

### Und noch eine Resolution!

Gesetzliches Gebot oder untertänige Vorstellung? Das ist die Frage, die die zweite Lesung der Militärvorlage beinahe ausschließlich und in den verschiedensten Formen beherrscht. Im Reichstag besteht eine sichere Mehrheit, die mit den Zuständen im Seere unzufrieden ist und Reformen fordert. Die Sozialdemokraten wollen diese Reformen erzwingen, indem sie beantragen, entsprechende Bestimmungen in das neue Wehrgesetz selbst aufzunehmen. Da die Regierung auf dieses Wehrgesetz nicht verzichten will, wäre sie genötigt, mit dem ganzen Gesetz auch manche ihr weniger zuzugewandene Änderungen in den Kauf zu nehmen, und die Abstellung der vom Reichstag gerügten Mängel wäre damit gesichert. Aber regelmäßig, wenn es zur Abstimmung kommt, zerfällt die in der Hauptsache meist einige Reformmehrheit in zwei Teile, von denen der eine, der sozialdemokratische, auf der gesetzlichen Bindung be-

steht, während der andere, der bürgerliche, diese Bindung ablehnt und sich damit begnügt, eine Resolution anzunehmen, in der der Reichszentraler ersucht wird, dafür zu sorgen, daß dies geschieht oder jenes unterbleibt.

So war es auch am Freitag wieder bei der Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag gegen den Militärhof. Die bürgerlichen Parteien wissen sehr gut, daß die Boykottverhandlungen dem Gastwirts- und Biergeschäft, auf dessen Stimmen man doch auch nicht verzichten möchte, den größten Schaden zufügen. Fast schien es nach dem Verlauf der Verhandlungen am Donnerstag, als ob in diesem Falle eine Ausnahme von der Regel eintreten sollte und als ob wenigstens die Fortschrittler diesmal für den sozialdemokratischen Gesetzesvorschlag stimmen wollten, der die militärische Sperre wegen Vergabe von Räumen zu Veranlassungen einer Partei oder Gewerkschaft verbietet und den Betroffenen die Klage auf Unterlassung und Schadenersatz einräumt. Ueber Nacht hatten es sich die Liberalen aber wieder anders überlegt, nur ein Teil der Fortschrittler stimmte noch für den Antrag, der denn auch mit 127 gegen 201 Stimmen abgelehnt wurde. Das Ergebnis war abermals die Annahme einer Resolution, deren Tendenz sich in der Richtung des sozialdemokratischen Antrags bewegt.

Ueber die Bedeutung oder vielmehr die Bedeutungslosigkeit solcher Resolutionen ist schon soviel geredet und geschrieben worden, daß sich jedes Wort zu ihrer Kennzeichnung erübrigt. Man könnte beinahe schon wünschen, daß sich die sozialdemokratische Fraktion an dieser Resolutionsmacherei überhaupt nicht mehr beteilige. Auf der anderen Seite aber kann es freilich der Sozialdemokratie nur erwünscht sein, wenn durch die fortgesetzte Erzeugung von Resolutionen, die in den Papierkorb des Bundesrats wandern, immer neuer Konfliktstoff zwischen Reichstag und Regierung aufgehäuft wird. Die Klagen über die Mißstände, die man mit Resolutionen vergeblich zu bekämpfen sucht, werden nicht abreißen, und die Frage, warum die Regierung den Wünschen des Reichstages zuwiderhandelt, wird nicht verstummen. Schließlich werden dann auch die bürgerlichen Parteien genötigt sein, etwas mehr Festigkeit zu zeigen, wenn sie nicht der Verachtung der Wähler anheimfallen wollen.

Für diesmal aber bleibt das Veragen der bürgerlichen Parteien im Kampfe gegen die von ihnen selbst anerkannten Mißstände in der Armee reiflos und vollständig. Der Liberalismus bleibt seiner alten Politik treu, der Politik der verpackten Gelegenheiten.

### Entsetzliche Wehrproser.

Wie sieht der Wehrbeitrag, an konkreten Fällen illustriert, wirklich aus? Die Antwort stammt aus der klerikalen „Germania“; wir haben nur rechnerisch etwas nachgeholfen, um die Größe der Opfer recht sinnfällig werden zu lassen.

#### Vermögen ohne wehrbeitragspflichtiges Einkommen:

Vermögen	Wehrbeitrag	pro Tag
Mark	Mark	Mark
80 000	180	0,50
260 000	1 170	3,25
650 000	4 125	11,46
4 500 000	50 600	140,55
32 000 000	457 100	1 269,72

#### Einkommen ohne wehrbeitragspflichtiges Vermögen:

Einkommen	Wehrbeitrag	pro Tag
Mark	Mark	Mark
2 600	50	0,14
8 900	86	0,24
16 700	251	0,69
40 000	1 030	2,86
80 000	4 040	11,22
160 000	13 700	38,05
280 000	35 780	99,39

#### Vermögen und Einkommen wehrbeitragspflichtig:

Vermögen	Einkommen	Wehrbeitrag	pro Tag
Mark	Mark	Mark	Mark
40 000	8 000	161	0,45
200 000	20 000	1 170	3,22
420 000	55 000	3 904	10,84
2 000 000	360 000	58 780	163,28
30 000 000	3 000 000	697 100	1 936,39

Deutschlands Patrioten werden ein Jahr keine Butter auf das Brot schmieren oder zum mindesten nur Margarine essen, um dem Vaterlande das Opfer bringen zu können.

### Deutsche Politik.

Liberaler Besteuerungsangst. In der „Allgemeinen Reichs-Korrespondenz“ schreibt Herr Fuhrmann:

Die vom Reichstagswahlrecht begünstigten, in den letzten Jahren immer stärker zutage getretenen demokratischen Instinkte des Reichsparlamentes können leicht dahin führen, die heute vielleicht mäßig angelegten Steuerquoten bei neu eintretendem Reichsbedarf kräftig zu erhöhen und so notwendig werdende Neubelastungen einer geringen Zahl Vermögender aufzuerlegen. Es ist wirklich nicht schwer, unter dem Druck des Reichstagswahlrechts die Massen an den Gedanken zu gewöhnen, daß mit dem Anheben dieser neuen, feinsten unerschöpflichen Steuerquelle jede weitere Belastung der breiten

Schichten durch indirekte Abgaben ein für allemal ein Ende erreicht habe und daß nur eine einfache Umbredung des Schlüssel genüge, die neue Quelle immer reichlicher fließen zu machen.

Ganz richtig, aber was dem einen eine gute Sache ist, ist dem anderen eine Nachtigall. Die Konservativen, von denen sich eine gewisse Sorte der Nationalliberalen nur dem Namen nach unterscheidet, möchten immerzu neue indirekte Steuern beschließen, die die Lebenshaltung der breiten Massen verteuern, damit die reichen Leute von den Reichsteuern verschont bleiben. Die Sozialdemokratie kämpft, seit sie besteht, für die umgekehrte Auffassung: sie will die Reichen besteuern, um die Armen zu schonen. Und darum darf sie die Art, wie die Deckung der Wehrvorlagen erfolgen soll, immerhin als einen bedeutsamen grundsätzlichen Erfolg buchen. Ob dieser Erfolg festgehalten wird, oder ob in Zukunft nach Herrn Fuhrmanns Wunsch weitere Belastungen der breiten Massen durch indirekte Abgaben erfolgen, wird von dem Grade der Klugheit abhängen, mit der diese Massen selbst von ihrem Stimmzettel Gebrauch zu machen wissen.

Erläuterung zum Amnestieerlaß Wilhelm II. Die Korrespondenz Pieper — und die „Nordd. Allg. Zig.“ drückt ihr es nach — weist darauf hin, daß der Gnadenerlaß vom 16. Juni von früheren Erlassen dieser Art sehr abweicht. Beim jetzigen Erlass sei gar keine Grenze der Strafen festgesetzt, es handle sich lediglich darum, diejenigen zur Begnadigung vorzuschlagen, die ihrer wirklich würdig sind. Es sei natürlich ganz unmöglich, daß die vorbereitenden Arbeiten der in Frage kommenden Behörden in wenigen Tagen erledigt werden. Aber es sei von oben herab alles geschehen, was eine mögliche Beschleunigung der Ausführung des Gnadenerlasses herbeiführen könne.

Die Durchführung des Gnadenerlasses ist also völlig in die Hände der Gefängnisverwalter und Staatsanwälte gelegt! Bei der Begnadigung verurteilter Militärpersonen ist viel besser. Hier sind aber zunächst alle diejenigen von der Strafe befreit, deren Strafe 14 Tage strengen, 3 Wochen mittleren, vier Wochen gelinden Arrest, 14 Tage Stubenarrest nicht übersteigen, sofern nicht Soldatenmißhandlungen oder Diebstahl als Strafthat vorgelegen haben.

Aum Breslauer Schwabenkreis. Eine Kundgebung zugunsten von Hauptmanns Jahrhundertfestspiel haben 2 Professoren der Breslauer Universität und der Technischen Hochschule, ferner Musiker, Schauspieler und Architekten in Form einer Erklärung veranstaltet. Sie vermögen in Hauptmanns Festspiel weder eine Verherrlichung Napoleons, noch einen Haß auf die patriotischen Gefühle empfinden.

Die Leipziger Freie Studentenschaft hat an Gerhart Hauptmann folgendes Telegramm gerichtet: „Dem deutschen Dichter Gerhart Hauptmann in seinem Kampfe gegen den deutschen Unterstand sprechen ihre vollste Sympathie aus viele Leipziger Studenten.“

Der Verein „Freie Volkshöhle“ Berlin nahm in seiner Generalversammlung „mit Bedauern, aber ohne Ueberraschung von dem Aufführungsverbot des Festspiels Kenntnis“. Dieses Verbot sei kennzeichnend für den Geist der Indulgenz, der das ganze künstlerisch schaffende Leben der Gegenwart in seinem Bann zu halten sucht.

Die Breslauer Festspiellaffäre bildete den Gegenstand einer Interpellation, die in der dortigen Stadtverordnetenversammlung eingebracht wurde. Während ihrer Besprechung gab der Oberbürgermeister Matting zu, daß nur die Furcht, der Kronprinz werde sein Protektorat zurückziehen und damit den Weiterbestand der von Fürsten und Hochadel besetzten Aufführung gefährden, diese Unterbrechung des Festspiels herbeigeführt habe. Nach dieser Erklärung kniete die liberale Mehrheit der Versammlung vorschrittsmäßig zusammen, schnitt einer rabiaten Minderheit der eigenen Fraktion das Wort ab und überließ den Radikern und Junfern die Hand. Nur dem sozialdemokratischen Redner, Stadtverordneten Löbe, blieb es vorbehalten, dem Magistrat zu erklären, daß er durch seine Untüchtigkeit und Kriecherei die Stadt dem Gespött der Welt preisgegeben habe und daß die Magistratsmitglieder sich schämen sollten, ihre Plätze noch einzunehmen, nachdem sie in solcher Weise die Verachtung aller freigeistigen Künstler, Schriftsteller und Politiker auf die Schultern geladen haben. Der stellvertretende Vorsitzende verkündete wegen des Ausdrucks „Kriecherei“ einen Ordnungsruf.

### Eine Antwort an das Zentrum.

Die gestern stattgefundenen Landesversammlungen der drei Linkenparteien haben dem vorgeschlagenen Abkommen für die Landtagswahlen zugestimmt. Bei der Sozialdemokratie und den Fortschrittlichen erfolgte die Zustimmung einstimmig und debattelos, bei den Nationalliberalen mit allen gegen 7 Stimmen.

Die infernalische Heße der Zentrums- und Katholikenpresse hat also nicht nur nichts genützt, sondern den direkt gegenteiligen Erfolg gehabt. Noch selten hat auf unsern badischen sozialdemokratischen Parteitagen eine solche Begeisterung geherrscht, wie gestern, als beschlossen war, dem Abkommen debattelos zuzustimmen. Das Referat des Genossen Dr. Frank beleuchtete die Situation nach allen Seiten; schonungslos deckte er die taktischen Vetrugsmethoden des Zentrums auf. Die Rede wird als Broschüre erscheinen und sicher eine gute Wirkung erzielen.

Einig und geschlossen zieht die badische Sozialdemokratie in den Wahlkampf. Wir dürfen der Ueberzeugung Ausdruck geben, daß unsere Genossen im ganzen Lande sich der weittragenden politischen Bedeutung der diesjährigen Landtagswahlen bewußt sind und daß sie alle Kräfte anspannen werden, um der schwarz-blauen Reaktion auch diesmal wieder eine Niederlage zu bereiten.

Seite 4.  
Buch & Co.  
Blag!  
aliener  
ffeln  
gelbe  
0 Pf.  
5 Pf.  
25 Pf.  
immer-  
ta-  
ffeln  
5 Pf.  
15 M.  
ue 1864  
sche  
ffeln  
5 Pf.  
15 M.  
Buch & Co.  
esidenz-  
Theater  
ldsfr. 30  
amm  
g 21. bis  
24. Juni  
hlte  
nd  
bteilungen  
ebuschka  
e. Verfasst  
resetzt von  
Müllens-  
en.  
g spielt in  
t, Pompeji  
d. Resi-  
llustriert  
e neuesten  
ndelt mit  
Komiche.  
asser-  
Naturaufn.  
ee. Asia-  
d. Natur-  
aris  
11  
bild aus  
feldzug.  
das unter  
sers Spe-  
auf dom  
z aufge-  
zeigt zu-  
Stadtfeste  
den Tara-  
den sich  
Schlachten  
rch Lauf-  
rahnetze,  
aken ver-  
urden die  
idigt. Man  
ahlreiche  
tze nebst  
en Monte-  
Tarabosch  
ll in die  
Die Be-  
ganzen  
weit, dass  
lung der  
Truppen  
der Ver-  
gsbedarfs  
1796  
Walten.

# Der außerordentliche Parteitag

## der sozialdemokratischen Partei Badens

trat am Samstag nachmittag im schönen Freiburg, wo's süßer ist und glatt, wie's feinerzeit Bebel sang, zusammen. Süßer und glatt, wie das Tagungslokal, die hellen freundlichen Räume des Kolosseums, süßer und glatt, so hoffen alle Parteitagsteilnehmer, sollen auch die Verhandlungen sein, die einen Markstein bilden sollen in der Geschichte des badischen Landes, die aber auch eine Richtlinie geben sollen dafür, wie man die drohende Reaktion mit Erfolg bekämpfen kann.

Kurz nach 2 Uhr eröffnete der Landesvater, Genosse Geiß-Mannheim, die Tagung, indem er die Erschienenen herzlich begrüßte und die Erwartung ausdrückte, daß die Beratungen über die wenigen Tagesordnungspunkte einen sachlichen Verlauf nehmen werden.

### Die Tagesordnung lautet:

1. Wahl des Büros, der Mandatsprüfungskommission und Festsetzung der Geschäftsordnung.
2. a) Bericht des Landesvorstandes (Ref.: Gen. A. Geiß);  
b) Massenbericht (Ref. Genosse R. Sahn);  
c) Unsere Parteipresse.
3. Die Landtagswahlen 1913 (Ref.: Reichstagsabgeordneter Genosse Dr. L. Frank).

Die Bürowahl ergab, daß die Genossen Frank-Mannheim als erster, Engler-Freiburg als zweiter Vorsitzender, Dietrich-Forsheim und Ubele-Karlsruhe als Schriftführer gewählt wurden.

In die Mandatsprüfungskommission wurden die Genossen Kunigunde Fischer-Karlsruhe, Breitenfeld-Berach, Munding-Bretten, Haberer-Offenburg gewählt. Ein von Frau Schell-Freiburg gespendeter Blumenstrauß wurde dankbar begrüßt.

Vorschläge zur Tagesordnung wurden nicht gemacht. Zum

### Bericht des Landesvorstandes

erhielt Genosse Geiß das Wort. Er versprach, sein Referat so kurz wie möglich zu halten, indem er auf den gedruckt vorliegenden Bericht verwies. Der außerordentliche Parteitag sei notwendig geworden, weil die Linksparteien in Baden über ein einheitliches Vorgehen bei den kommenden Landtagswahlen sich beraten und entscheiden müssen, um nach außen hin zu zeigen, daß man bei uns entschlossen ist, die Reaktion hinst zu halten. Die Aufgabe des Landesvorstandes und der Kreisvereine bestand im abgelaufenen Jahre in der Festigung und Ausbreitung der Organisation. In den Klassenverhältnissen wurde gegenüber dem Vorjahr ein erheblicher Fortschritt gemacht durch die bessere Organisation der Beitragsleistung. Das hat dann allerdings die Folge gehabt, daß in den Mitgliederlisten eine gewisse Reinigung eintreten mußte, die nach außen hin den Eindruck erwecken kann, als ob wir stillgestanden seien und einen Fortschritt nicht gemacht hätten. Was jetzt in den Mitgliederlisten steht, sind auch wirkliche Mitglieder. Der Zuwachs beträgt wohl nur 261 Mitglieder, trotz der vielen Neuaufnahmen. Der Hin- und Herzug der Arbeiter unter der Einwirkung der kriegerischen Verwicklungen habe sich natürlich auch geltend gemacht. Ein großer Teil der Wgänge an Mitgliedern seien auf das Konto der mangelhaften Einfassierung zu setzen. Daraus sollten insbesondere die Organisationsleiter in den ländlichen Bezirken die Rubrik anwendung ziehen und überall die Unterklassierung einführen.

Eine Menge von Versammlungen wurden in allen Landesteilen abgehalten, daneben wurde die schriftliche Agitation in intensiver Weise betrieben. Ganz besondere Aufmerksamkeit wurde der Agitation unter den Frauen gewidmet, wobei die Genossinnen Zieh, Blase, Fischer usw. emsig mitarbeiteten. Mit dem Erfolg dürfte man wohl zufrieden sein.

Im ganzen Lande wurde auch eine Berichterstattung über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion im badischen Landtag veranstaltet. Die Lebensmittellieferung, der Balkantrieb, der Kampf gegen die Militärverlage haben Agitationsstoff gegeben. Die Versammlungen gegen die Militärverlage hätten den Erwartungen nicht entsprochen, die Bevölkerung habe vielfach gleichgültig bestanden, obwohl es sich um eine in unser Volkleben tief einschneidende Frage handelte. Das sei ein Beweis dafür, wie notwendig bei uns die Aufklärungsarbeit noch sei.

Besondere Aufmerksamkeit wurde der Kommunalpolitik geschenkt, wozu durch die stärkere Verzahnung der Sozialdemokratie zur Gemeindearbeit Anlaß gegeben war. Es wurden eine Reihe von Konferenzen der Gemeindevertreter abgehalten, von denen zum Teil sehr günstige Berichte vorliegen; von anderen Konferenzen wurde über mangelhaften Besuch geklagt. Die Broschüre des Gen. Geiß, die sich doch mit wichtigen Fragen der Gemeindepolitik befaßt, fand nicht den gewünschten Erfolg. Es wäre zu wünschen, daß die gewählten Vertreter bei ihrer Weiterbildung nichts verkümmern.

Die Wahlen zu den Bürgerausschüssen haben ein befriedigendes Resultat gezeigt, andererseits haben die Gemeinderatswahlen mancherlei Unannehmlichkeiten mit sich gebracht. Von den Leuten, die als sozialdemokratische Vertreter in den Gemeinderat gewählt werden, muß man unter allen Umständen verlangen, daß sie sich in unser sozialdemokratisches und kommunalpolitisches Programm vertieft haben. Nur das Interesse der Partei dürfte bei der Auswahl der Kandidaten maßgebend sein. Wo man keine Liste von wirklichen Sozialdemokraten aufstellen kann, soll man künftig lieber auf die Aufstellung einer eigenen Liste verzichten. Es sei zu hoffen, daß im übrigen auch die künftigen Gemeinderatswahlen gute Erfolge für uns zeigen.

In dem Kampfe gegen die Jugendorganisation haben unsere Behörden kein Glück gehabt. Eine verwaltungsgerichtliche Entscheidung habe unseren Genossen Recht gegeben.

Die Parteischule wurde von dem Gen. Trinks-Karlsruhe besucht.

Beziehungen und Anträge liefen in der abgelaufenen Geschäftsperiode mehr als je ein. Wegen Kleinlichkeiten werden mandamental Ausschlußanträge gestellt. Der Landesvorstand werde sich bei diesen auch künftig bemühen, gegen solche, auf Kleinlichkeiten gestützte Ausschüsse Stellung zu nehmen.

Die Parteisekretariate lassen aus Ihren Berichten erkennen, daß man mit dem Vordrängen der Parteibewegung nicht zufrieden sei. Das Sekretariat für Oberbaden wurde aufgehoben, weil die für das Sekretariat erforderlichen Mittel nicht hinreichend genug angelegt werden konnten. Die Aufhebung des Sekretariats wurde von dem oberbadischen Sekretariat selbst angeregt. Dafür wurden in 1., 2., 4. u. 5. Kreis Agitationsstellen eingerichtet, deren Leiter Agitation für die Volkswacht zu betreiben, die Korrespondenz zu führen und das Klassenwesen zu überwachen haben. Solche bestehen in Emmendingen, Sins-

gen, Billingen und Berach. Das Resultat der Tätigkeit dieser Agitationsstellen sei ein durchaus befriedigendes, das beweise das Wachstum der Arbeiter- und Mitgliederzahlen und die Besserung in den Klassenverhältnissen.

Das Sekretariat für Mittelbaden sei im letzten Jahre nicht aufgehoben worden, weil in Parteireisen eine starke Opposition dagegen vorhanden war. Der Parteivorstand sei aber einstimmig der Meinung, daß die in den Sekretariaten angewendeten Mittel in keinem Verhältnis stehen zu den Erfolgen der Parteisekretariate. Nach den Landtagswahlen muß unbedingt an eine Reform der Sekretariate gedacht werden. Die Aufrechterhaltung des Bezirkssekretariats für Mittelbaden lasse sich länger nicht verantworten. Bei dem Sekretariat für Unterbaden sei die Frage aufzuwerfen, wie künftighin dort reformatorisch eingegriffen werden könne. Der heutige Parteitag soll zu dieser Frage sich äußern und später sei die Entscheidung zu treffen, das Interesse der Partei erheischt.

Betreffs der Kalenderfrage sei zu bemerken, daß der Abt zu wünschen übrig lasse. An manchen Plätzen aber habe es an der nötigen Vorbereitungsarbeit gefehlt. Das Oberland habe gut gearbeitet. Der Kalender habe immerhin ein Ueberschuß von zirka 1000 Mark gebracht.

Zum jetzigen Parteitag seien nur drei Anträge eingegangen, einer von Salsach, der verlangt, daß die Reichstagsabgeordneten bei wichtigen Abstimmungen im Reichstag anwesend sein sollen, ein anderer Antrag verlangt die Befestigung der Doppelmandate und ein Antrag der Karlsruher Organisation verlangt die Erweiterung der Kompetenzen der Preschkommission. Die beiden ersten Anträge enthielten Selbstverständlichkeiten, der Antrag Karlsruhe findet in der vorliegenden Fassung die Zustimmung des Landesvorstandes. Die Preschkommission soll gehört werden in allen Fragen, aber die Entscheidung soll in den Händen des Landesvorstandes und der Geschäftsleitung bleiben.

Genosse Geiß schließt mit dem Hinweis auf die bevorstehende Arbeit zu den Landtagswahlen und dem Wunsch, daß der Parteitag für unsere Partei gute Erfolge zeitigen möge.

Zum Massenbericht erhielt Genosse Sahn-Mannheim das Wort. Auch er verweist auf den gedruckt vorliegenden Bericht. Im allgemeinen könne das Ergebnis des Berichtsjahres als befriedigendes bezeichnet werden. Wenn wir auch an Mitgliedern nicht besonders zugenommen haben, so kann doch eine Besserung der Klassenverhältnisse festgestellt werden. Der weitere Ausbau des Einfasserverwehens müsse die Klassenverhältnisse noch weiter verbessern. Der Durchschnittsbeitrag pro Kopf und Vierteljahr betrage jetzt pro Quartal 10 Beiträge. Das läßt sich wohl eine weitere Besserung als möglich erscheinen; daselbst trifft auch auf den Vertrieb der Volkskalender zu. Allen Genossen, die an der Ausarbeitung und Ausgestaltung des Volkskalenders mitgearbeitet haben, gebühre auch von dieser Stelle aus der Dank der Parteigenossen.

Der Vertrieb der Parteitageprotokolle, der Kolb'schen Handbücher, der Gemeindeprotokolle usw. lasse ebenfalls zu wünschen übrig.

Das von dem Landesvorstand den Organisationen zur Verfügung gestellte Verwaltungsmaterial müsse überall zur Einführung gebracht werden.

Zu den Ausgaben sei zu bemerken, daß für die allgemeine Agitation 461 Mk. und an Agitationszuschüssen an die verschiedenen Kreise 2300 Mk. verausgabt wurden. Der Landesvorstand sei gern bereit, Zuschüsse an die Kreise zu leisten, letztere sollten andererseits auch darauf bedacht sein, dem Landesvorstand die dazu erforderlichen Mittel zu beschaffen.

Die Bezirkssekretariate hätten an Gehälter und Zuschüssen den Betrag von 8070 Mk. erfordert. Mit Rücksicht auf die Höhe der Ausgaben seien andere Resultate zu erwarten gewesen.

Der Parteitag in Offenburg und die Zuschüsse für den Gemeinrent Parteitag hätten erhebliche Beträge in Anspruch genommen. Nachdem der Agitationsbeitrag in Wegfall gekommen ist, könne der Landesvorstand künftig für die Beschaffung deutscher Parteitage Zuschüsse nicht mehr leisten. Das Landessekretariat habe für Anschaffungen, Bücher usw., den Betrag von 1500 Mk. erfordert. Der Kassenbestand betrage 9489 Mk., das Kassenbuch 11518 Mk., zusammen also 21007 Mk.

Das letzte Erscheinen des Geschäftsberichtes sei auf die verspätete Einfindung der Kassenberichte seitens verschiedener Organisationsleitungen zurückzuführen.

Das Klassenwesen müsse nach dem Muster der Gewerkschaften organisiert werden, dann werde mancher Mißstand verschwinden und es werde dann bald möglich sein, die Landtagswahlen in Baden aus eigenen Mitteln bestreiten zu können.

Namens der Redizoren berichtet Gen. Böttger-Mannheim, daß Bücher und Masse in bester Ordnung sich befinden haben und beantragt, dem Kassier Decharge zu erteilen.

Genosse Frank stellt nach bezüglich der vorliegenden Anträge die Unterstufungsfrage. Es liegen folgende Anträge vor:

Die Mitgliedschaft Zell i. B. beantragt, daß die Landes-

tasche den örtlichen Mitgliedschaften einen kleinen Zuschuß zur Beschaffung der Landesparteitage gewährt.

Mitgliedschaft Mosbach: 1. Der Landesparteitag setzt sich zusammen: 1. Aus je einem Vertreter der 73 badischen Landtagswahlkreise. Die Kosten für diese Delegation trägt die Landeskasse. 2. Aus den gewählten Delegierten der Mitgliedschaften. Für je 50 Mitglieder ist ein Delegierter zu wählen. Die Kosten tragen die Mitgliedschaften. 3. Kommunalwahlen. Der Landesparteitag wolle beschließen, daß unsere Landtagsfraktion beauftragt wird, im kommenden Landtag dahin zu wirken, daß die bad. Gemeindeordnung wie folgt geändert wird: Auch die Gemeinden mit über 4000 Einwohnern wählen den Gemeinderat direkt und mittels der Verhältniswahl.

Anträge der Mitgliedschaft Salsach i. R.: 1. Der bad. Parteitag wolle beim deutschen Parteitag einen Antrag einbringen, wonach es den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten zur Pflicht gemacht wird, bei Abstimmungen über wichtige Gesetzesvorlagen, wenn irgend möglich, zugegen zu sein. 2. Der Parteitag wolle beschließen, daß Doppelmandate künftig unzulässig sind.

Die Preschkommission des Volksfreunds beantragt folgendes Statut für die Preschkommission zu genehmigen:

Die Preschkommission setzt sich aus 5 Genossen zusammen, welche alljährlich nach dem ordentlichen Parteitag gewählt werden. Vier davon wählt der sozialdem. Ortsverein Karlsruhe, der fünfte wird durch den sozialdem. Verein Durlach gewählt.

Der Preschkommission sind folgende Aufgaben zugewiesen: Sie hat die prinzipielle und taktische Haltung des Volksfreunds zu übernehmen. Sie hat ferner die Beschlüsse über die Parteipresse zu entscheiden. Außerdem ist sie bei allen Personal- und wichtigen geschäftlichen Angelegenheiten des Volksfreunds vor der Entscheidung zu hören. Sie ist insbesondere bei der Anstellung und Entlassung der Redakteure, des technischen und kaufmännischen Personals von dem Verlag und Landesvorstand gutachtlich zu Rate zu ziehen. Die Preschkommission ist bejagt, sich jederzeit durch ihren Vorsitzenden oder ein beauftragtes

Witzlied über den Stand des Parteigeschäftes zu informieren.

Nicht genügend unterstützt werden die Anträge Zell i. B., Mosbach 1 und 2 und die Anträge Salsach i. R. Die Unterstützung finden die Anträge Mosbach 3 und Karlsruhe.

Sahn-Mannheim erklärt bezüglich der Sekretariate, daß die vom Landesvorstand erwogene Änderung nicht vorzuziehen ist, sondern erst nach den Landtagswahlen vorgenommen werden soll.

In der Debatte erhielt zunächst Gen. Marzloff-Freiburg das Wort. Er führt aus, daß die Ordnung der Klassenverhältnisse auch im Freiburger Bezirk auf die Vermehrung der Mitgliederzahl eingewirkt habe. Bezüglich der Agitation gegen die Militärverlage hätte Redner eine ausgiebigere schriftliche Agitation durch die Herausgabe eines Flugblattes gewünscht. Das hätte mehr genützt, wie die Versammlungen. In der Sekretariatsfrage sei die Stellungnahme des Landesvorstandes durchaus zu billigen. Infolge der eingerichteten Agitationsstellen sei die Organisation wie auch die Presse in Oberbaden gefördert worden. Die Presse könne eventl. auch einen Zuschuß zu den Agitationsstellen leisten.

Ein weiter eingelaufener Antrag besagt: Der Landesparteitag beschließt: Kandidaten, die bei Gemeinderatswahlen aufgestellt werden, müssen in der Regel mindestens drei Jahre, die zu Land- und Reichstagswahlen mindestens 5 Jahre Mitglied der sozialdem. Partei sein.

Der Antrag wird genügend unterstützt.

Gabel-Rilppur erwähnt die Schwierigkeiten der Agitation auf dem Lande; er empfiehlt dann die Durchführung des Einfasserverwehens. Zu betonen sei, daß die durchzutretende Personenkultus. Die Parteisekretariate sollten aufrecht erhalten werden.

Genossin Fischer-Karlsruhe dankt dem Landesvorstand für die Tätigkeit im Interesse der Frauenbewegung. Weiter werde die Frauenorganisation von manchen Parteigenossen und deren Frauen außer Acht gelassen. Die Frauenbewegung müsse auch auf dem Lande mehr Verbreitung finden, da man die Frauen im Kampfe nicht entbehren könne. Rednerin wirft die Frage auf, ob nicht überall Versammlungen mit einem Thema über die Frauenfrage abgehalten werden sollen. Das im vergangenen Jahre herausgegebene Flugblatt habe nicht voll und ganz befriedigt, es habe zu wenig unsern badischen Verhältnissen Rechnung getragen.

Beber-Durlach will im allgemeinen gegen die Ausführungen des Genossen Geiß über die Sekretariate nichts einwenden. Es müsse aber auch gesagt werden, daß Streichungen von Mitgliedschaften vorgenommen werden müßten, weil sie ihren Verpflichtungen nicht nachkamen oder weil Verhältnisse bestanden, die die Aufrechterhaltung der Mitgliedschaften als unmöglich erscheinen ließen. Der Sekretär könne auch nicht alles machen, er müsse auch von allen Genossen unterstützt werden und hierin wäre manches zu besetzen. Zu betonen sei, daß der Landesvorstand den Kreisvorständen keine Mitteilung davon habe zugehen lassen, daß auf dem heutigen Parteitag die Frage der Sekretariate erörtert werden solle. Die Tätigkeit mancher Organisationsleiter in der Verteilung unserer Druckschriften sei sogar zu tadeln.

Nachträglich läßt der Vorsitzende über einen Geschäftsordnungsantrag abstimmen, der verlangt, daß die Frage der Aufhebung der Parteisekretariate aus der Diskussion ausgeschieden soll. Der Antrag wird angenommen.

Haberer-Offenburg ist der Ansicht, daß die Aufhebung des oberbadischen Parteisekretariats Sache des Landesparteitages gewesen wäre. Die Mitgliederbewegung könne nicht beibehalten. Im mittelbadischen Bezirk sei ein Mitgliederverlust nicht zu bezweifeln. Der Geschäftsbericht des Landesvorstandes hätte früher erscheinen sollen. Die Organisationsleitungen im Lande sollten dies durch rechtzeitige Einfindung ihrer Berichte an den Landesvorstand möglich machen. Im nächstjährigen Bericht soll eine Statistik über das Verhältnis der Zahl der organisierten Genossen zu den in den einzelnen Kreisen abgegebenen Stimmen eingefügt werden.

Genossin Hoffmann-Mannheim ist mit dem heutigen Stande der Frauenbewegung nicht zufrieden. Selbst in Industriegebieten habe die Frauenbewegung noch gegen das Vorurteil der Parteigenossen anzukämpfen. Bei Frauenemonstrationen darf es nicht bleiben, die organisierten Frauen haben den Beweis geliefert, daß sie mitarbeiten können in unserem Kampfe. Das beweise z. B. auch die Mitarbeit der Mannheimer Genossinnen in der Kinderbeschützungsaktion, die ja auch der letzte Bericht der Gewerkschaftskommission lobend anerkannt habe. Es sei eine Pflicht der Parteigenossen, dafür zu sorgen, daß wir die Frauen mehr und mehr in unsere Organisationen heranziehen.

Ubele-Karlsruhe ist mit dem Antrag betr. Gemeinderatswahlen einverstanden, bezweifelt aber dessen Durchführbarkeit. Bei Kommunalwahlen auf dem Lande könne man nicht immer strikte nach dem im vorliegenden Antrag gegebenen Rezept verfahren.

Welbert-Rastatt läßt Kritik an der bei vielen Genossen zutage tretenden Gleichgültigkeit. Bei den Kommunalwahlen müsse man mit den bestehenden Verhältnissen rechnen. Die Mitgliederzahl sollte ähnlich wie die der Gewerkschaften nach der Zahl der geleisteten Beiträge berechnet werden. Das werde Ordnung in die Verhältnisse bringen.

Riedmiller-Emmendingen bekämpft ebenfalls den Antrag betr. Aufstellung der Kandidaten zu den Gemeinderatswahlen. Er erwähnt dann die Umstände, unter denen in verschiedenen oberbadischen Orten mit andern Parteien Kompromisse abgeschlossen worden seien. Der vorliegende Antrag würde dazu beitragen, derartige Kompromisse zu vermeiden, da bei dessen strikter Durchführung die Parteigenossen mancher Orte sich nicht selbständig an den Gemeinderatswahlen beteiligen können. Die Einrichtung der Agitationsstellen habe sich gut bewährt, es sei nicht lediglich Agitationsarbeit, die dort verrichtet werde, so gebe z. B. die Durchführung der Reichsversicherungsordnung ein ergebnisreiches Tätigkeitsgebiet. Bezüglich der Frauenorganisation wäre mehr geeignetes Agitationsmaterial erforderlich, ebenso auch in bezug auf die Jugendbewegung. Redner wünscht, daß künftig keine gedruckten Parteitageprotokolle mehr herausgegeben werden.

Engler-Freiburg tritt dem letzteren Vorschlage des Vorredners entgegen. Die Protokollberichte können etwas kürzer gehalten werden. Der Antrag betr. die dreijährige Parteimitgliedschaft als Voraussetzung für die Aufstellung der Kandidaten zu Gemeinderatswahlen könne seinen Befall nicht finden. Man müsse auf den Charakter und die Fähigkeiten der betr. Genossen achten. Hier müssen aber die Vorsitzenden und die Sekretäre regeln eingreifen. Zur Sekretariatsfrage verweise er auf die in Oberbaden gemachten Erfahrungen. Mit der Streichung von Mitgliedern solle man vorsichtig sein.

Meyer-Heidelberg empfiehlt, den Antrag betr. der Kandidaten zu den Gemeinderatswahlen abzulehnen. Die Verhältniswahl biete die Möglichkeit, Gefahren zu meiden. Bei der Aufstellung der Proporzlisten solle man vorsichtig sein. Allerdings dürfe man sich von der Rücksichtnahme auf verwandtschaftliche Verhältnisse nicht nehmen. Parteipolitische Gründe sollten den Ausschlag geben. Die Ausbreitung der Verhältnisse sollte für uns schwere Nachteile mit sich bringen. Zu den Bürgerausschüssen bemerkt Redner, daß die Bam-

teilnahme m...  
bärglichen...  
vor dem E...  
publizier...  
werde.

Stroß...  
Fugblatt fi...  
passende F...  
wie Mannh...  
durch Wegz...  
keine Beran...  
zu verweie...  
logialdemo...  
faun, Mo...  
werden. An...  
werben. An...  
sollte man...  
11. Kreise...  
mennt man...  
aber fehlen...  
organisiere...  
Engle...  
der, in der...  
Roh...  
Sowjäre...  
gearbeitet...  
zugehörig...  
den Boden...  
an die Aut...  
den Antrag...  
sei besser...  
als Leue...  
schauungen...  
Der Be...  
auf Schluß...  
Schluß der...  
Zum G...  
der Agitati...  
Acht lassen...  
nicht imme...  
Breitbreit...  
Kosten ver...  
Herbsten...  
wenig gen...  
jedermann...  
schwer zu...  
Landesvor...  
den Gemein...  
punkt, daß...  
Im übrigen...  
Debatte de...  
markierten...  
Sahn...  
Rohwendig...  
wo alle B...  
die Abrech...  
bericht fr...  
die in der...  
werden, je...  
konstatier...  
Der A...  
gutgeheise...  
Der V...  
mission un...  
Der V...  
ferner für...  
langt, daß...  
1 Jahr...  
mitglieder...  
Genoss...  
gewünscht...  
Genos...  
ber Kandid...  
wir in der...  
Zur L...  
rauf diese...  
Damit...  
erledigt...  
Die m...  
öffentlich...  
lung einve...  
Der S...  
mit der S...  
Eng...  
abend stat...  
Flo...  
auf diegen...  
Eng...  
ordentlich...  
stand die...  
Dieser...  
geschloss...  
Punk...  
Frank...  
Parteien...  
standes...  
Seite...  
demokrati...  
zu einer...  
auch in...  
sechs Jal...  
ment nur...  
sich ver...  
sonders...  
die Volk...  
Wem...  
Rabate...  
der Genof...  
burg hat...  
einen St...  
eine Nie...  
Redn...  
nosjen...  
berlich...  
Parteitag...  
zurückden...  
Kampf g...  
zu gebra...  
Gen...  
vorstand...  
die Glüc...  
gung. D...  
wieder...  
militärf...  
Förderu...  
Förderu...  
die Bed...  
die Koste...  
Teil der

... zu inf...  
...träge Hell i...  
... Die Unter...  
... Karlsruhe...  
... Sekretariate...  
... erung nicht vor...  
... genommen wor...  
... Marzloff...  
... Ordnung der...  
... auf die Ber...  
... Bezüglich der...  
... ebner eine aus...  
... herausgabe eines...  
... genügt, wie die...  
... die Stellungs...  
... Infolge der...  
... Organisation wie...  
... Die Presse...  
... Agitationsstellen...  
... Der Landes...  
... Gemeindevorste...  
... mindestens drei...  
... sein...  
... leiten der Ag...  
... Durchführung...  
... dort zutage...  
... sollten auftreten...  
... Landesvorstand...  
... Bewegung. Seiner...  
... Parteigenossen...  
... Frauenbewegung...  
... finden, da man...  
... eine. Rednerin...  
... mmlungen mit...  
... werden sollen...  
... Flugblatt habe...  
... wenig unsern...  
... gegen die Aus...  
... late nichts ein...  
... Streidungen...  
... fien, weil sie...  
... weil Zeitw...  
... Mitgliedschaften...  
... für könne auch...  
... Genossen unter...  
... beßern. Zu...  
... vordanden keine...  
... dem heutigen...  
... werden solle...  
... der Verteilung...  
... men Geschäfts...  
... die Frage...  
... Diskussion aus...  
... die Aufhebung...  
... Landespartei...  
... könne nicht...  
... Mitglieder...  
... des Landes...  
... Organisations...  
... Einbindung...  
... machen. Im...  
... Verhältnis...  
... den einzelnen...  
... dem heutigen...  
... selbst in An...  
... das Vor...  
... Frauenbewe...  
... rten Frauen...  
... können in...  
... Mitarbeit der...  
... Kommission, die...  
... lobend aner...  
... dafür zu...  
... in unsere...  
... r. Gemeindev...  
... schärft. Nicht...  
... immer...  
... neuen Rezepte...  
... vielen Ge...  
... Kommunal...  
... rechnen...  
... erwirtschaften...  
... werden. Das...  
... als den An...  
... Gemeinde...  
... enen in ver...  
... roneien Kom...  
... Antrag...  
... vernehmen...  
... nossen man...  
... wirtsch...  
... ationsstellen...  
... ationsarbeit...  
... führung der...  
... gebiet. Be...  
... gnetes Ag...  
... auf die...  
... keine ge...  
... werden...  
... schlage des...  
... en etwas...  
... dreijährige...  
... Aufstellung...  
... einen Befall...  
... die fähig...  
... der Vor...  
... Zur Secte...  
... gemacht...  
... edern solle...  
... r. der Lan...  
... Verhältnis...  
... Bei der...  
... sein. All...  
... verwandt...  
... die Grö...  
... der näch...  
... bringen...  
... die Wan

teilnahme mancher Genossen für den einen oder anderen bürgerlichen Kandidaten entschieden zu tadeln ist. Er warnt vor dem Streben, sozialdemokratische Bürgermeister durchzubringen. Zu wünschen sei, daß kommunalpolitisches Material gesammelt und den Genossen zur Verfügung gestellt werde.

Strobel-Mannheim empfiehlt, aus dem zentralen Flugblatt für die Frauenbewegung für unsere Verhältnisse passende Flugblätter herauszuarbeiten. In einer Zahlstelle wie Mannheim bei 8000 Mitgliedern gehen manche Beiträge durch Wegzug, Arbeitslosigkeit u. verloren, man hat also keine Veranlassung, in kritisierendem Sinne auf Mannheim zu verweisen. Dieses leistet für seine Mitglieder und für die sozialdemokratische Partei so viel, daß man nur wünschen kann, Mannheim würde überall zum Vorbild genommen werden. An der im 11. Kreis geübten parlamentarischen Wirtschaft sollte man sich im übrigen Lande ein Beispiel nehmen. Im 11. Kreise würde man noch weitere Fortschritte machen, wenn man einen weiteren Beamten anteielen könnte. Dazu aber fehlen die Mittel, weil man zu viel an die Landesorganisation abführen muß.

Engler-Freiburg bittet als stellvertretender Vorsitzender, in der Verteidigung der einzelnen Kreise Maß zu halten.

Rehau-Pforzheim meint, dem 11. Kreis seien keine Fortschritte gemacht worden, in anderen Kreisen werde auch gearbeitet. Betreffs des Verlangens der dreijährigen Parteizugehörigkeit der Gemeindevorstandskandidaten stelle er sich auf den Boden des Antrages. Es sei falsch, große Erwartungen an die Aufstellung von Kandidaten zu knüpfen, die die in dem Antrage enthaltenen Voraussetzungen nicht erfüllen. Es sei besser, weniger Mitglieder im Bürgerausschuß zu haben, als Leute, die nicht voll und ganz imstande sind, unsere Anschauungen zu vertreten.

Der Vorsitzende Frank gibt bekannt, daß drei Anträge auf Schluß der Debatte eingelaufen sind. Der Antrag auf Schluß der Debatte wird einstimmig angenommen.

Zum Schlußwort erhält Gen. Geiß das Wort. In der Agitation gegen die Militärvorlage solle man nicht außer Acht lassen, daß die von Berlin kommenden Flugblätter nicht immer unseren Bedürfnissen entsprechen und daß die Verbreitung von Flugblättern im Oberlande mit großen Kosten verbunden sei. Die Aufhebung des Sekretariats für Oberbaden auf dem Parteitage zu beschließen, sei nicht notwendig gewesen, da mit der vorgenommenen Reorganisation jedermann einverstanden sein könne. Daß draußen im Lande schwer zu arbeiten sei, als im Mannheimer Kreise, wisse der Landesvorstand auch. Bezüglich der Kandidatenaufstellung zu den Gemeindevorständen siehe der Landesvorstand auf dem Standpunkt, daß nur tüchtige Parteigenossen aufgestellt werden. Im übrigen freue er sich, konstatieren zu können, daß die Debatte den einmütigen Willen gezeigt habe, vorwärts zu marschieren.

Sahn-Mannheim betont in seinem Schlußwort die Notwendigkeit der Anstellung eines Sekretärs für den 9. Kreis, wo alle Voraussetzungen dafür gegeben seien. Wenn künftig die Berechnungen früher einlaufen, werde auch der Geschäftsbericht früher in die Hände der Genossen gelangen. Wenn die in der heutigen Diskussion gemachten Anregungen befolgt werden, so wird auch bald ein weiterer Fortschritt zu konstatieren sein.

Der Antrag auf Entlastung des Kassiers wird einstimmig gutgeheißen.

Der Antrag Karlsruhe betr. das Statut der Preßkommission wird einstimmig angenommen.

Der Antrag Mosbach 3 wird ebenfalls angenommen.

Gen. Frank fragt an, ob das Wort zu Punkt Presse gewünscht wird. Das Wort wird nicht verlangt.

Gen. Sahn erhielt sodann das Wort zur Verlesung der Kandidatenliste für die Landtagswahlen. (Die Liste tragen wir in den nächsten Tagen nach.)

Zur Kandidatenliste wird das Wort nicht verlangt, worauf dieselbe für angenommen erklärt wird.

Damit ist das Arbeitspensum für den heutigen Tag erledigt.

Die morgigen Verhandlungen des Parteitages sollen in öffentlicher Tagung behandelt werden, womit die Versammlung einverstanden ist.

Der Vorsitzende schlägt vor, am morgigen Tage Punkt 9 mit der Sitzung zu beginnen.

Engler-Freiburg bittet die Genossen, an dem heute abend stattfindenden Bankett teilzunehmen.

Hohr-Durlach schlägt vor, die Wahl des Vorortes auf diesem Parteitag vorzunehmen.

Engler-Freiburg schlägt vor, daß bis zum nächsten ordentlichen Parteitag der bisherige Vorort und Landesvorstand die Geschäfte weiter zu führen habe.

Dieser Vorschlag findet Annahme worauf die Sitzung geschlossen wird.

\*

Zweiter Verhandlungstag.

Punkt 9 Uhr eröffnete der Vorsitzende, Gen. Dr. Frank, die Sitzung. Er begrüßte zunächst die Vertreter der Parteien der benachbarten Bundesstaaten und des Parteivorstandes.

Seitens der Freiburger Parteigenossen begrüßte Gen. Geiß den Parteitag. Er wies darauf hin, wie die sozialdemokratische Partei dem Geiste ihrer Gegner zum Trotz zu einer gewaltigen Macht angewachsen sei, wie im Reich, auch in Baden und im besonderen auch in Freiburg. Vor sechs Jahren hatte unsere Partei im Freiburger Stadtparlament nur zwei Vertreter, heute hat die Sozialdemokratie zwei Vertreter im Stadtrat und 14 im Bürgerausschuß. Besonders stolz seien die Freiburger Genossen auf ihre Presse, die Volksmacht, die sich sehr gut entwickelt habe.

Wenn bei der letzten Reichstagswahl im Lande Baden zwei Mandate verloren gingen, so lag das nicht an der Arbeit der Genossen, sondern an der Waderaktivi. Aber gerade in Freiburg haben unsere Genossen dazu geholfen, dem Zentrum einen Sitz zu entreißen und dadurch der Waderischen Politik eine Niederlage zu bereiten.

Redner heißt dann alle zum Parteitag erschienenen Genossen, besonders auch den Vertreter des Parteivorstandes, herzlich willkommen. Er wünsche, daß die Teilnehmer des Parteitages noch oft und gern an den Freiburger Parteitag zurückdenken. Der heutige Parteitag soll uns Waffen zum Kampf gegen unsere Feinde geben und uns lehren, die Waffe zu gebrauchen.

Gen. Ebert-Berlin dankt als Vertreter des Parteivorstandes für die freundliche Begrüßung und überbringt die Glückwünsche des Parteivorstandes zu der heutigen Tagung. Diese falle in eine ernste Zeit, in der der Militarismus wieder mächtig sich erhebe. Die bürgerlichen Parteien sind militärtrumm geworden; sie bewilligen bedingungslos alle Forderungen der Säbelhändler; sie verjagen dagegen bei allen Forderungen, die auf eine Heeresreform hinauslaufen. Ob die Deckungsfrage sich so regeln lasse, daß die Besiegten die Kosten zu tragen haben, ist sehr fraglich. Die Opferwilligkeit der Patrioten näherte sich mehr und mehr dem Gefrier-

punkt. Die in Baden bevorstehenden Landtagswahlen haben Bedeutung weit über die Grenzen Badens hinaus. Selbstverständlich muß verhindert werden, daß das badische Volk unter die Herrschaft der Ritter und Heißen gerät. Der Parteivorstand wünsche den badischen Genossen zum bevorstehenden Wahlkampf den besten Erfolg.

Namens der pfälzischen und bayerischen Genossen überbringt Gen. Profit-Ludwigshafen a. Rh. die Grüße der dortigen Genossen. Unsere Partei sehe in Baden vor einem schweren Kampfe, der überall hohes Interesse erwecke. In der Pfalz werde man die Verhandlungen über das Blockabkommen — oder wie man in der Pfalz sagt — den Kaufhandel mit besonderem Interesse verfolgen. (Geisterzeit.) In Bayern ist die Situation heute so, daß alles, was nicht schwarz ist, unterdrückt werde. Das Koalitionsrecht wird unterdrückt, die Verfassung mit Füßen getreten. Aus Bayern kann man erfahren, wessen man sich zu versehen hat, wenn das Zentrum zur Herrschaft gelangt. Zum Kampf gegen diese Partei rufe er den badischen Genossen ein herzliches Glück auf!

Gen. Neumann begrüßt den Parteitag namens der heffischen Landespartei. Auch in Hessen verfolge man den bevorstehenden Landtagswahlkampf mit Interesse. In Hessen müsse die Sozialdemokratie den Kampf allein führen; die heffischen Nationalliberalen seien mit den badischen nicht zu vergleichen. Wenn unsere Partei im heffischen Landesparlament keine bessere Vertretung habe, so liege das an dem erbärmlichen Ruralwahlrecht. Die Organisation sei in Hessen im Vormarsch und das erfülle die Genossen mit Zuversicht, daß der endliche Sieg auf unserer Seite sein muß. Er wünsche den heutigen Verhandlungen besten Erfolg.

Gen. Kueber-Strasbourg überbrachte die Grüße der reichslandischen Genossen. Die elsass-lothringische Bevölkerung werde vielfach verächtigt, daß sie von Heerangehörigen erfüllt sei. Das sei nicht wahr, die Elsäss-Lothringer wollten den Frieden; die elsässischen Genossen fühlten sich eins mit den Genossen im Reich.

Der Landesvorstand der württembergischen Partei überbrachte ein Begrüßungstelegramm.

Dr. Frank macht dann Mitteilung von dem telegraphisch gemeldeten Hinscheiden des Genossen Laden, zu dessen Andenken sich die Verammelten von den Plätzen erheben.

Breitenfeld-Börsach berichtete über die Mandatsprüfung. Es seien 134 Delegierte, darunter drei Delegierten, aus allen Teilen des Landes erschienen, ferner die Vertreter aller Kreise, 16 Mitglieder der Landtagsaktion, ein Vertreter des Parteivorstandes, drei Vertreter aus benachbarten Bundesstaaten, drei Sekretäre und sieben Vertreter der Presse. Dann ein mandatsloser Genosse aus Albrunn. Die Delegiertenzahl der Mannheimer Genossen werde beanstandet, da sie 15 Delegierte geschickt haben; nach Meinung der Mandatsprüfungskommission aber nur Anspruch auf 14 Delegierte haben; es seien für 15 Delegierte noch 108 Mitglieder. Sonst seien keine Beanstandungen gemacht, alle Mandate mit Ausnahme des 15. Mannheimer Mandats seien für gültig zu erklären.

Auf Vorschlag des Genossen Engler werden alle Mandate, auch das 15. Mannheimer, für gültig erklärt.

Es folgt die Verhandlung über den wichtigsten Gegenstand der Tagung. Das Wort erhält

**Dr. Frank über die bevorstehenden Landtagswahlen.**

Gen. Dr. Frank als Referent führte aus: Wenn nicht alle Zeichen trügen, werden wir dieses Jahr einen Wahlkampf haben, so erbittert, so leidenschaftlich, wie wir ihn noch nie erlebt haben. Die Artikel und die Ueberschriften derselben im badischen Beobachter werden immer länger und aufgeregter, und die Broschüren, die gegen uns verfaßt und herausgegeben werden, werden immer zahlreicher und immer wider. Die paar Hundert Parteifunktionäre des Zentrums in den Pfarhäusern machen überall schon mobil und man sagt sogar, daß da und dort im Weichstuhl gegen die Volkswacht und gegen andere badische Parteiblätter schon kräftig gearbeitet wird. Nun ist selbstverständlich, daß wir vor diesen Vorbereitungen nicht etwa Angst haben. Im Gegenteil, wir alle sind froh, wenn uns der Wind recht ordentlich um die Köpfe pfeift, und die großen Anstrengungen, die von der gegnerischen Seite gemacht werden, um uns bei den nächsten Landtagswahlen eine Niederlage zu bereiten, sind die größte Schmeichelei für uns. Denn diese Anstrengungen beweisen, daß wir uns einen Platz im politischen Leben Badens errungen haben und daß wir den Gegnern, namentlich dem Zentrum, sehr, sehr unbehaglich geworden sind. Wir müssen aber auch damit rechnen, daß der nächste Wahlkampf von der Gegenseite nicht immer mit ritterlichen Waffen geführt werden wird. Wir haben schon manche Proben davon gesehen, wie und in welcher Form gearbeitet werden wird; wir haben schon manche vergiftete Pfeile fliegen sehen. Daher rechne ich vor allem den Veruch, die badische Regierung zu veranlassen, daß sie ihren Beamten die Wahlfreiheit nimmt. Es ist ein, ich möchte sagen, trauriges Schicksal, das sich vor unseren Augen vollzieht, wenn wir denken, wie vor Jahrzehnten als der Minister Eisenlohr noch am Ruder war, die Tätigkeit der Zentrumspartei darin bestand, gegen die Amtmänner Sturm zu laufen und jetzt der bekannte Führer des Zentrums am Schluß seiner politischen Laufbahn dazu herabsinkt, die Hilfe der badischen Regierung anzusuchen, zu deren Bekämpfung er seine besten Lebenskräfte einsetzte. (Sehr richtig!) Die Angriffe, die wie anlässlich des Mannheimer Attentats auf den Großherzog auf die Mannheimer Sozialdemokratie erfolgt sind, fallen auf die Urheber zurück. Wir wollen uns aber durch diese schlechten Beispiele nicht dazu verleiten lassen, den Wahlkampf auf ein gleiches Niveau herabzuziehen, sondern dabei bleiben, daß wir unsern Stolz darin setzen, einen anständigen, sachlichen Wahlkampf durchzuführen.

(Sehr richtig!) Nun ist die Aufgabe, die uns gestellt ist, keine leichte. Wir haben im Jahr 1909 vor allem unter dem Eindruck der Finanzreform einen ganz gewaltigen Erfolg erzielt, unsere Stimmenzahl ist mächtig emporgestiegen, die Zahl unserer Abgeordneten hat sich um 75 Prozent erhöht. Wir müssen nun bei dieser Wahl beweisen, daß die Begeisterung von 1909 kein Strohhalmfeuer, oder kein Jünderholzerfeuer gewesen ist. Wir müssen zeigen, daß wir verstanden haben, in den vier Jahren

wahlen ausüben. Die Behandlung der Deckungsvorlagen, die zurzeit das Reichsparlament beschäftigen, werden auch bei der Landtagswahl-Agitation eine Rolle spielen. Wie die Steuern aussehen werden, die der Reichstag in den nächsten zwei Wochen beschließt, wissen wir noch nicht. Das eine dürfen wir jedoch feststellen: Wenn die Regierung dieses Mal nicht gewagt hat, dem Reichstag Steuern auf den Verbrauch vorzuschlagen, so ist das in erster Linie zurückzuführen auf die unermüdete Agitation und die Aufklärung, die die Sozialdemokratie seit 1909 getrieben hat. Die Regierung hat nicht mehr den Mut gehabt, neue indirekte Steuern zur Deckung der Militärvorlage vorzuschlagen. Und auch die Anträge, die in den letzten Tagen dem Reichstag beschickt haben, werden im Lande verstanden werden. Sie alle wissen, wie wichtig es ist, wenn das Beschwerderecht der Soldaten ein anderes würde, wenn das Militärstrafgesetzbuch ein anderes würde. Da können wir gerade in Baden Beispiele von entsetzlichen Verurteilungen anführen. Ich bitte Sie, sich zu erinnern

an den Fall in Mosbach,

wo Soldaten im Manöver in einer Wirtschaft einen Streit bekamen und in eine Schlägerei gerieten. Es war darin ein Unteroffizier verwickelt und die Folgen waren, daß mehrere unbescholtene Menschen, Bauernsöhne, Zuchtstrafen bis zu fünf Jahren bekamen. (Hört, hört!) Ein ähnlicher Fall war

in der Gengenbacher Gegend

vorgekommen. Für derartige entsetzliche Strafen sind die bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme mit verantwortlich. Weiter ist der Militärboykott zu nennen, der dieser Tage im Reichstag gekennzeichnet worden ist. Auch wir in Baden müssen da leider in einer Reihe mit Preußen und anderen norddeutschen Ländern marschieren. Wir haben in Mannheim noch 53 Wirtschaften, die den Militärboykott haben, in Karlsruhe eine große Zahl, sogar in Baden-Baden noch etliche. All diese Dinge haben wir im Reichstag nicht nur zur Sprache gebracht, sondern sie zu verhindern versucht durch Anträge und wir sind von den bürgerlichen Parteien im Stiche gelassen worden. Wenn auch diese Fragen der Reichspolitik nicht auszuhalten sein werden bei der Agitation für die Landtagswahlen, so wird doch die entscheidende Bedeutung

den Fragen der Landespolitik

im engeren Sinne zukommen. Im Mittelpunkt unserer Agitation steht in Baden seit Jahrzehnten immer die Schule. Wir werden im Landtag vor allem eintreten für die Erhaltung und den Ausbau

der konfessionell gemischten Volksschule.

Es ist etwas selbstverständliches, daß wir verlangen, daß die Kinder nicht schon im zarten Alter nach Konfessionen getrennt werden. Wenn man acht Jahre die Kinder in der Schule nach Konfessionen auseinandertrennt, die doch später im Leben Seite an Seite in der Fabrik, Werkstätte u. schaffen müssen, dann wird es leicht, nach dem 14. Lebensjahr die Arbeiter zu trennen, nach katholischen und nach evangelischen und sie alle zu beherrschen. (Sehr richtig!) Wir begnügen uns aber nicht mit der Verteidigung der gemischten Volksschule, wir wollen auch, daß sie ausgebaut wird und dazu gehört vor allem, daß die Lehrerbildung der Ausbildung der Schüler gleichgesetzt wird. Es ist ein Übel, daß wir an der gemischten Volksschule Lehrer unterrichten sehen, die ihrerseits in konfessionellen Anstalten ausgebildet sind. Wir haben immer noch, obwohl der letzte Landtag deutlich genug gesprochen hat, eine Anzahl Seminare, die nach Konfessionen getrennt werden; hier muß endlich einmal Abhilfe geschaffen werden. Wir Sozialdemokraten verlangen auch, daß

die Schule eine rein weltliche

wird. Wir scheuen uns nicht, das deutlicher auszusprechen wie manche andere Parteien. Wir verlangen, daß der Pfarrer in der Schule nichts zu sagen hat. (Zustimmung.) Der Pfarrer mag innerhalb seiner kirchlichen Organisation Religionsunterricht erteilen, so viel er will, die Schule soll die Vorbereitung für das Leben, für die Welt sein. Mit dieser Trennung der Schule von der Kirche allein ist's noch nicht getan. Wir müssen auch verlangen, daß die Schule nicht bloß konfessionell, sondern auch sozial gemischt ist, daß diese Einrichtungen von besonderen Vorschulen und dergleichen für die Söhne der besitzenden Klassen aufhöhen. Es ist für jeden gut, auch für die Kinder der Reichen, wenn sie mit den Kindern der Armen auf der gleichen Bank sitzen und sehen, daß es auch Kinder gibt, die sich nicht kaffeeen können und die schlecht gekleidet sind. Weiter verlangen wir, daß dafür gesorgt wird, die Kinder der Armen aufzudecken zu lassen in die höheren Lehranstalten und zur Unversität, wenn sie begabt sind. Die Begabten sollen das Land regieren, nicht die Reichen. (Beifallige Zustimmung.) Die Kirche hat auf dem Gebiete, von dem ich jetzt spreche, gewisse Verdienste. Sie hat es verstanden, die Talente von unten, aus der Bauernschaft namentlich, heraufzuholen und dadurch ihre Macht zu stärken. Was hat in der Beziehung der Staat getan? Wir haben nicht eine Auslese der begabten, sondern vielfach eine solche der Dummsten! Wenn der Vater das Geld hat, dafür zu sorgen, daß der Sohn in 15 Jahren das Gymnasium durchmacht, dann wird dieser schließlich ein Beamter und sogar einer der höchsten Beamten. Nun werden wir ja voraussichtlich im nächsten Landtag kaum Gelegenheit haben, ein Gesetz zu erlassen, daß diese unsere Forderung durchsetzt. Eine Vorlage derart wird die Regierung kaum bringen. Hingegen wird auf einem anderen Gebiete des Schulwesens eine Vorlage zu erwarten sein und zwar auf dem Gebiete

des Fortbildungsschulwesens.

Wir begrüßen die geplante Reform der Fortbildungsschule vor allem in dem Punkt, der die Gleichstellung der Mädchen mit den Knaben bringt. Hingegen haben wir schwere Bedenken in anderer Beziehung. Diese Reform wird den Gemeinden wieder große Lasten auflegen, den Kleineren und den großen. Aber wie verhält sich der Staat demgegenüber? Die Regierung hat im Landtag vielfach erklärt, daß sie mit der Schuldenlast in den Städten nicht zufrieden sei. Das war eine roßt

gemeinliche Stellung der Regierung. Woher kommen  
vielfach die Millionen schulden? Sie kommen daher, daß  
die großen Städte die Aufgaben erfüllt haben, die der  
Staat nicht erfüllt hat! Sie waren in Wahrheit vielfach  
Staats schulden, und es steht dem Staat schlecht  
an, in dieser Beziehung davor zu fahren. Es wird  
unser Aufgabe sein, bei Beratung des Fortbildungsschulgesetzes  
dafür zu wirken, daß der Staat und nicht die Gemeinden die  
Lasten der Fortbildungsschulen zu tragen hat. Wir meinen, die Mittel  
müssen sich finden lassen. Wir brauchen gar nicht weit zu schauen,  
wenn wir fragen, woher die Mittel nehmen. Wir sind bereit,  
für die Hochschulen all das zu geben, was für die Entwicklung  
der Wissenschaft notwendig ist. Aber man kann doch fragen: war es  
nicht, immer und überall so gewaltige Prachtbauten aufzuführen,  
so lange es kleine Gemeinden gibt, denen es kaum möglich ist,  
das Geld für ihre beschriebenen Schulhäuser aufzubringen? Wir  
haben bei den Meisenbahnstationen den Fehler gemacht, mit den  
anderen Parteien, daß wir gewaltige Summen für prächtige  
Bahnhofsbauten hergegeben haben, die in dieser Form nicht  
nötig sind. Wir wollen den gleichen Fehler nicht machen,  
wenn es sich darum handelt, das Bauprogramm für die  
Universitäten auszuführen. Alles, was notwendig ist, wollen  
wir und werden wir bewilligen; was an Luxusbauten grenzt,  
werden wir rücksichtslos ablehnen zu gunsten der Volksschule,  
zu gunsten der kleinen Gemeinden. (Lebhafte Beifall.) Neben  
der Schule und eng mit den Schulfragen verbunden müssen wir  
uns mit der Kirche

befassen. Kirche und Kultus ist ja in einem Ministerium  
vereinigt. Wir verlangen auch die Trennung des Staates von der  
Kirche. Seit einigen Jahrzehnten, in gewissen Abständen,  
wiederholen sich immer wieder die Konflikte zwischen dem  
Staat und den kirchlichen Gemeinden — ich nenne den  
Modernisteneid — immer wieder dieselbe Erscheinung! Einen  
Augenblick sträubt sich der Staat und schließlich gibt er  
der Kirche nach! Das ist eine unwürdige Rolle für den Staat.  
Wir haben in Baden staatsrechtlich schon eine gewisse Trennung  
von Staat und Kirche. Die Kirche hat ein eigenes Besteuerungsrecht.  
Trotzdem aber werden aus allgemeinen Staatsmitteln der  
Kirche viele Hunderttausende geschenkt, Dotationen werden  
gegeben und der nächste Landtag wird voraussichtlich wieder  
eine Vorlage erleben, in der die Regierung vorschlägt,  
diese Dotationen an die Kirche zu verlängern. Es ist aber  
ein Unfug, daß die Kirche ein eigenes Besteuerungsrecht  
hat und daneben noch aus allgemeinen Staatsmitteln unter-  
stützt wird. Es wurde darauf hingewiesen, daß der Staat  
der Kirche gegenüber von früher her gewisse Verpflichtungen  
hat, daß der badische Staat zurzeit Napoleons so viel Kirchen-  
gut eingezogen habe bei der Verweltlichung der Klöster  
und deshalb die Dotationen nur einer Verzinsung dieser  
Güter gleichkämen. Wir dürfen deshalb nicht vergessen,  
daß auf den Klöstern zu jener Zeit auch gewaltige  
staatliche Aufgaben gelastet haben: die Regelung des  
Armenwesens, die Regelung gewisser polizeilicher Auf-  
gaben usw., welche der Staat heute auch übernommen  
hat. Wenn man das alles mit verrechnen würde, ich  
glaube nicht, daß Zinsen übrig bleiben würden. Wenn  
wir das Eigentum des Staates und der Kirche daraufhin  
untersuchen wollten, ob es immer rechtmäßig ge-  
wonnen wurde, wir kämen zu merkwürdigen Resultaten  
und wenn man beim Klostergut zurückgreifen würde  
auf einige hundert Jahre, man würde leicht viel Bauern-  
gut dabei finden, das in früheren Jahren nicht immer  
mit einwandfreien Mitteln gewonnen wurde. Wir  
haben in früheren Jahren bei Besprechung von

#### S u z s a z f r a g e n

im badischen Landtag uns immer sehr kurz fassen können.  
Leider ist es damit anders geworden. Wir haben im  
letzten Landtag Löne anschlagen müssen, wie sie sonst  
nur gegenüber der preussischen Justiz notwendig waren.  
Wir haben die Justiz gegen die Streikenden in einer  
Weise gezeigelt, daß ein großer Teil der badischen Richter  
gewiß nicht stolz auf das Zeugnis sein wird, das ihnen  
ausgestellt wurde und ich kann auch nicht sagen, daß  
seitdem die Sache besser geworden wäre. Die Urteile  
gegen die Friedrichsfelder Streikenden haben in ganz  
Deutschland eine traurige Verherrlichung bekommen.  
Wir werden im nächsten Landtag Gelegenheit haben,  
auch die Seite der Justizfragen, die das Ver-  
gnadigungsrecht betrifft, eingehend zu prüfen. Derjenige  
Teil der Verwaltung, der die Arbeiter sonst am meisten  
interessiert, ist die innere Verwaltung. In der letzten  
Zeit hat Baden erfreulicherweise auch einen Wohnungs-  
inspektor angestellt, und wir dürfen hoffen, daß die  
Wohnungsreform in Baden einen Schritt vorwärts tun  
wird. Im übrigen wird es unsere Aufgabe sein, ein  
Gebiet weiter auszubauen, das wir auf dem letzten  
Landtag in Angriff genommen haben, das Gebiet der  
Ausnutzung der Wasserkräfte.

Das staatliche Wasserwerk, das beschlossen worden ist,  
ist ein sehr erfreulicher Anfang. Wir müssen aber ver-  
langen, daß nicht für einen Landesteil allein die Vorteile  
der Benützung billiger Kräfte zur Verfügung gestellt  
werden, sondern daß das, was hier grundsätzlich vom  
Staat angenommen worden ist, auf das ganze badische  
Land ausgedehnt werden muß. Für die kommende weitere  
Industriealisierung des Landes wird

#### Die Verkehrs politik

von entscheidender Bedeutung sein. Wir dürfen sagen,  
daß auf diesem Gebiete die Tätigkeit unserer Fraktion —  
ich hebe namentlich die Arbeiten meines Freundes  
Koll herbor — von entscheidender Bedeutung gewesen  
sind. Nach wie vor werden wir uns mit aller Energie  
gegen eine Verpreßung der badischen Bahnen wenden.  
— Alle diese Reformfragen erfordern natürlich Aus-  
gaben.

#### Unsere Steuerpolitik

ist Ihnen bekannt. Unser erstes Bestreben muß und  
wird sein, die unteren Volksschichten zu entlasten und  
die Besigenden zur Tragung der Staatslasten herbeizuzie-  
hen. Es ist seit Jahren ein Hauptvergnügen der  
Zentrumspreßse gewesen, durch unwahre und halb wahre  
Behauptungen die Steuerpolitik der badischen Sozial-  
demokratie zu verdächtigen. Ich habe in den letzten

Tagen ein Geschichtchen erlebt, das dieses Bestreben  
kennzeichnet. In der Budgetkommission des Reichstages  
bei Besprechung der neuen Steuern wurde vielfach auf  
die Steuerverhältnisse der Einzelstaaten Bezug genom-  
men. Und da war es der Abgeordnete Erzberger, der  
zwei- oder dreimal in den allerheftigsten Ausdrücken das  
badische Vermögenssteuergesetz herunterriß, das sei ein  
erbärmliches Gesetz. Er hat so fürchtbar auf das Gesetz  
geschimpft, daß schließlich sogar ein badischer Bundes-  
bevollmächtigter das Wort nahm, was ja selten geschieht,  
um einige Worte der Verteidigung zu sagen. Der Abg.  
Erzberger tobt so heftig, weil er annimmt, das Gesetz,  
um das es sich handelt, ist ein Werk des badischen Groß-  
blocks. Da mußte der badische Bundesratsbevollmächtigte  
darauf aufmerksam machen, daß dieses Gesetz unter dem  
Einfluß und der Zustimmung des Zentrums zustande  
kam. Im Jahre 1904, wo es in der Kommission beraten  
wurde, war der Zentrumsabgeordnete Zehner der Be-  
richterstatter über das Gesetz. Was ich hier erwähnen habe,  
sind Forderungen, die wir im allgemeinen Staatsinter-  
esse stellen. Es kommen dazu noch diejenigen Forderun-  
gen, die wir im Interesse einzelner Berufsstände  
zu erheben haben. Eine immer größere Bedeutung für  
die Landespolitik gewinnen

#### Die Beamten.

Das ist in allen Staaten so. Die Zahl der Beamten  
schwillt immer mehr an, ihre Forderungen werden immer  
energischer. Wir haben uns jederzeit allen berechtigten  
Forderungen der Beamtenschaft und der Lehrerschaft an-  
genommen. Ich meine aber, es wird noch mehr als  
bisher im badischen Landtag sich die Übung einbürgern,  
daß bei der Regelung von Beamtenfragen die Parteien  
geschlossen vorgehen. Im Reichstag hat man mit dieser  
Übung gute Erfahrungen gemacht. Ich glaube, es ist  
kein würdiges Bild, wenn bei Besprechung von einzelnen  
Beamtenspetitionen die verschiedenen Parteien vor der  
Öffentlichkeit geradezu einen Wettlauf um die Gunst der  
Beamtensprecher machen. Eine wichtige Rolle spielt  
die Frage der Landwirtschaft.

Wir Sozialdemokraten sind ja die „Bauernfeinde“, wie  
Sie aus den Zentrumsflugblättern wissen. Wir haben  
aber gleichwohl für alle Forderungen zugunsten der  
Landwirtschaft gestimmt; wir sind also die wahren  
Freunde der Landwirtschaft. Wir haben uns aber nicht  
damit begnügt, sondern haben Anträge gestellt zu Gun-  
sten namentlich der kleinen und mittleren Bauernschaft.  
Unsere Hauptaufgabe bleibt natürlich der Kampf

für die Forderungen der Arbeiterschaft,  
und ich glaube, daß wir in den letzten Jahren auf diesem  
Gebiete nichts versäumt haben. Der Kampf für eine Ar-  
beitslosenversicherung ist einen Schritt weiter gekom-  
men, der Kampf dafür, daß der Staat nur mit tarif-  
freien Geschäften Verträge abschließt, daß die Gewerbe-  
inspektion durch Leute verstärkt wird, die aus der Ar-  
beiterschaft kommen, alle diese Dinge haben wir im  
Landtag zur Sprache gebracht und zum Teil auch bei den  
Abstimmungen Erfolge erzielt. In der Verfertigung un-  
serer Forderungen sind wir im Landtag vollkommen un-  
abhängig in unserm Verhältnis zur

#### Regierung.

Es scheint vielleicht komisch, daß ich dies ausdrücklich  
betone, aber die Kenner unserer Zentrumspreßse wissen,  
wie notwendig das ist. So wie unsere elässischen Freunde  
von der nationalistischen Presse als die kaiserlichen  
Sozialdemokraten bezeichnet, hat man in Baden seitens  
der Zentrumspreßse von großherzoglich badischen Sozial-  
demokraten gesprochen. Die badischen Minister, ohne Aus-  
nahme haben seinerzeit im Landtage der Reihe nach  
ihre Kampfgründe gegen die Sozialdemokratie her-  
gesetzt, sie alle sind der Meinung, daß die Sozialdemo-  
kraten nicht Beamte werden dürfen, wenn sie sich  
öffentlich betätigen. Sie haben die vollen Staatsbürger-  
rechte uns vorenthalten. Das hat mit besonderer  
Schärfe der Mann getan, der in seiner Amtstätigkeit  
auf die Unterstützung der Sozialdemokratie am meisten  
angeklagt ist, der Minister des Unterrichts, der Mi-  
nister Böhm war's, der bei Besprechung

#### der Turnerfrage

sich derart ausgesprochen hat. Das paßt nicht in einen  
badischen Landtag. Wir sehen also der Regierung un-  
abhängig und in Kampfstellung gegenüber. Es ist mir  
geradezu angenehm aufgefallen, daß im Bericht der ba-  
dischen Fabrikinspektion nur mit einigen Zeilen Lobend  
erwähnt ist, was Sozialdemokraten geschaffen haben,  
das war die Kinderchulskommission in Mannheim, die  
von der Mannheimer Arbeiterschaft geschaffen worden  
ist und die geradezu musterhafte Leistungen aufweist.  
Wir sind nun noch auf lange Zeit hinaus im badischen  
Landtag eine Minderheit. Wollen wir die bisherige  
Politik fortsetzen, daß wo wir nicht das Ganze be-  
kommen, Teile nehmen? Ist es gleichgültig, welche  
bürgerlichen Parteien eine Minderheit bilden? Nein!  
Ich meine, im badischen Land, wo wir eine lange Er-  
ziehung durch die Gegner hinter uns haben, da ist die  
Aufassung einmütig, daß wir nicht zustimmen können,  
daß im badischen Landtag

#### eine Majorität des Zentrums und der Kon- servativen

Platz greift. Es gibt in der badischen Sozialdemokratie  
keinen einzigen Parteigenossen, der bereit wäre, die  
Verantwortung zu übernehmen für die Herbeiführung  
einer Majorität des Zentrums und der Konservativen.  
(Leb. Zusf.) Ich glaube, ich darf sagen, nicht einen  
einzelnen Parteigenossen! Dann müssen Sie sich aber  
auch mit mir vereinigen, um einen Weg zu finden, das  
zu vertreten. Sie werden keinen andern Weg finden, als  
mit den liberalen Parteien zusammenzuarbeiten, eine  
solche Majorität zu verhindern. Es wird daselbe auch  
in anderen Ländern gemacht. In Holland war in den  
letzten Tagen eine Wahl, die sich unter demselben  
Kampfschrei vollzog. In Dänemark haben wir das  
gleiche Beispiel. Die deutsche Gesamtpartei hat bei den  
letzten Reichstagswahlen denselben Weg gehen müssen,  
den wir seit 1905 beschritten haben. Wenn darüber nur  
zu reden wäre, wie wir uns für den zweiten Wahlgang  
stellen. So wäre das auf einem badischen Partei-

tag in einigen Minuten erledigt. Nun ist aber die Situa-  
tion dadurch verwickelt, daß das Zentrum eine List  
angekündigt hat, die wir bei den Reichstagswahlen 1912  
in Karlsruhe und Pforzheim kennen lernten. Wacker hat  
es in Bruch offen ausgesprochen, den Großblock da-  
durch zu vernichten, daß man im ersten Wahlgang da  
oder dort unbesehen jeden Gegner der Sozialdemokratie  
unterstützt, angeblich ohne Gegenleistung. Die Spekula-  
tion ist einfach und durchsichtig. Im ersten Wahlgang  
sollten der Sozialdemokratie so viele Sitze weg-  
genommen werden, daß für den zweiten Wahlgang ein  
Zusammengehen der Sozialdemokraten mit den Liberalen  
unmöglich gemacht worden wäre. Nun war es ja klar,  
daß, sowie dieser Plan bekannt war, wir nicht ohne  
Gegenmaßnahmen die Dinge gehen lassen konnten, und  
es tauchte zunächst der Plan auf, ob man nicht ange-  
sichts dieser drohenden Gefahr einfach dazu schreiten  
sollte, auf Grundlage des jetzigen Bestandes ein Groß-  
blockabkommen für den ersten Wahlgang zu machen.  
Ueber diesen Plan haben lange Preisverhandlungen statt-  
gefunden und auch Verhandlungen wurden gepflogen.  
Wir sind schließlich davon abgekommen, diesen Plan  
durchzuführen. Auf allen Seiten, ich wiederhole das,  
haben manche ernste Bedenken bestanden, dieses Mittel  
zu ergreifen. Die Parteigenossen haben natürlich den  
dringlichen Wunsch, wenn alle vier Jahre Wahl ist,  
den Zettel für die eigene Wahl abgeben zu dürfen, fest-  
zustellen, zu zählen, wie weit sie gekommen sind mit  
ihrer Arbeit. Und ähnliche Wünsche bestehen bei den  
Nationalliberalen wie bei den Fortschrittlichen. Das  
Mittel, über das wir reden, ist ein solches, das nur im  
äußersten Falle herangezogen werden kann. Wir sind  
daher zu einem andern Mittel gekommen, und ich bin  
überzeugt, daß in dieser Weise die Pläne des Zentrums  
durchkreuzt werden. Wir haben am 1. Juni folgendes  
Abkommen getroffen, das ich Ihnen vorlesen will. Es  
lautet:

Karlsruhe, den 1. Juni 1913.

Ergebnis der gemeinschaftlichen Sitzung in Karlsru-  
he am 1. Juni 1913 im Protokolll.

Zwischen den Vertretern der Nationallibe-  
ralen Partei, der Fortschrittlichen Volkspartei  
und der Sozialdemokratischen Partei wird  
heute folgendes vereinbart:

1. Die Vertreter der drei genannten Parteien sind  
darüber einig, daß bei den im Herbst 1913 statt-  
findenden Landtagswahlen zur Abwehr einer dro-  
henden Liberal-konservativen Mehrheit ein Groß-  
blockabkommen für den 2. Wahlgang abgeschlossen  
werden muß.

2. Um dies zu ermöglichen und vorzubereiten, wer-  
den die Nationalliberalen und die Fortschrittliche  
Volkspartei in folgenden Kreisen selbständige Kan-  
didaturen für den ersten Wahlgang aufstellen.

- 27. Kreis Sahr-Stadt
- 56. Kreis Schwellingen
- 57. Kreis Mannheim-Schwellingen
- 55. Kreis Heidelberg-Wiesloch
- 68. Kreis Heidelberg-Gerbach

3. Die Vertreter der drei genannten Parteien ver-  
pflichten sich, auf den 22. Juni ihre Landesver-  
sammlungen abzuhalten und diesen die Genehmigung  
dieses Abkommens vorzuschlagen.

Teilgenommen an der Sitzung haben folgende Herren:  
Von der Nationalliberalen Partei die Herren Re-  
mann, Frey und Schweyer.

Von der Fortschrittlichen Volkspartei die Herren  
Dr. Weil, Helbing, Hummel und Vogel-  
Mannheim.

Von der Sozialdemokratischen Partei die Herren  
Geiß, Dr. Frank, Koll und Hahn.

Wir sind heute beieinander, um über dieses Ab-  
kommen zu beraten. Gleichzeitig sind in Karlsruhe und  
in Offenburg die Vertreter der nationalliberalen und  
der fortschrittlichen Volkspartei beieinander, um am  
gleichen Tage und mit gleicher Entschlossenheit vor der  
badischen politischen Welt zu zeigen, daß sie entschlossen  
sind, die Politik der drohenden Zentrumsmehrheit ab-  
zufertigen und die Politik der Fortschrittlichen ab-  
zuverteidigen. (Beifall.) Wenn Sie noch irgendwo im  
Zweifel wären, ob wir dabei auf dem rechten Wege  
sind, dann brauchen Sie nur einen Blick in die Zen-  
trumspreßse zu werfen. Sie brauchen nur zu sehen, mit  
welchen Schimpfworten die Parteien, die verantwort-  
lich sind, der Reihe nach belegt werden. Zurzeit sind  
die Nationalliberalen daran. Der Zweck ist immer,  
die Parteien entfremden, die Führer in Mißkredit zu  
bringen bei den Massen. Wir kümmern uns um dieses  
Mittel nicht. Wir wissen, daß diese Vorwürfe nur ge-  
macht werden, um unsere Politik zu durchkreuzen. Nun  
sage ich, wir sind selbständig gegen die Regierung; wir  
sind

aber auch selbständig gegen die anderen  
Parteien.

Bei aller klaren Erkenntnis, daß das Hauptziel der  
badischen Politik die Abwehr der Liberal-konservativen  
Majorität ist, verlieren wir, wie auch die andern Par-  
teien nicht, unsern Charakter der durchaus selbstän-  
digen Partei. In den letzten Tagen wurde, um hier  
ein persönliches Beispiel anzuführen, in den Zeitungen  
darüber geschrieben, ob es mir gestattet werden dürfte,  
meine Ansichten über die Methoden des preussischen Wahl-  
rechtskampfes auszusprechen. Es wurde davon geredet,  
daß ein Führer der badischen Sozialdemokratie doch  
eigentlich nicht für den Massenstreik in Preußen eintreten  
dürfte. Ich bin überzeugt, daß solche Bemerkungen nicht  
von führenden Stellen der Liberalen und Fortschrittlichen  
kommen. Wir haben stets daran festgehalten, daß wir  
uns gegenseitig so nehmen, wie wir sind. Es ist selbst-  
verständlich, daß es uns nicht einfällt, die National-  
liberalen und Fortschrittler zu tabeln, wenn ihre Führer  
am Großherzogs- oder Kaisergeburtstag Reden halten.  
Wir achten jede ehrliche Uebersetzung, auch wo wir sie  
bekämpfen. Dasselbe nehmen wir für uns in Anspruch.  
Nun ist die Gefahr, daß solche Großblockabkommen,  
die lange Arbeiten erfordern, nicht immer jeden befriedi-  
gen. Es wäre uns lieber gewesen,

Die B  
leistung ein  
schiden kri  
heit, die di  
Delegierten  
wichtige A  
suchen tele  
talberamm  
Wid  
gehörten  
legen von  
Im W  
im besond  
Samstag-  
vieler Freu  
wieder als  
Einnemder  
wird dann  
führt in se  
ohne völlig  
angeführt  
In den G  
müssen wi  
Der Vorsto  
auf der G  
iher gang  
die Dogma  
men hat.  
folgendes  
organisiere  
Betriebsab  
der Gemein  
weiligen K  
den kann,  
durchaus v  
nicht gefag  
er aber de  
Witzlieber  
heßen, in  
ren. Wer  
gen anfan  
kann man  
nisse beun  
gen für si  
berjammul  
maß zum  
Arbeitszei  
möchte wo  
sehr fessle  
Das Gleic  
Ich d  
daß unfer  
Einberich  
stande erf  
Nach  
bandstafst  
Die L  
Anträge  
gesamt be  
dementipr  
Vertreter  
bet. Bes  
feststellun  
Berufung  
gegen die  
Lebziger  
langen, a  
tritätsbeh  
alle zu d  
den Vorst  
eine Lern  
schule ein

Ein  
Wisse zu  
genz dazu  
gründen.  
Der Junk  
Bei der  
obachten,  
genüßlich  
vorhieser  
bezirks.  
erchiener  
ihre Sti  
Schluß de  
drei  
mann ei  
Der sozie  
men erbe  
Beblüff  
teste sein  
vorsteher  
selbst ha  
etwas be

Herr  
lag" ist  
In  
gebung t  
Gedenkt  
Schulfin  
unbeding  
Wälderch  
Zahren d  
Und wer  
sofen au  
fiengen d  
ist nun  
Sachjen  
Es  
was man  
den über  
mit den  
Begeister  
sich schli

Ein  
Wisse zu  
genz dazu  
gründen.  
Der Junk  
Bei der  
obachten,  
genüßlich  
vorhieser  
bezirks.  
erchiener  
ihre Sti  
Schluß de  
drei  
mann ei  
Der sozie  
men erbe  
Beblüff  
teste sein  
vorsteher  
selbst ha  
etwas be

Herr  
lag" ist  
In  
gebung t  
Gedenkt  
Schulfin  
unbeding  
Wälderch  
Zahren d  
Und wer  
sofen au  
fiengen d  
ist nun  
Sachjen  
Es  
was man  
den über  
mit den  
Begeister  
sich schli

Herr  
lag" ist  
In  
gebung t  
Gedenkt  
Schulfin  
unbeding  
Wälderch  
Zahren d  
Und wer  
sofen au  
fiengen d  
ist nun  
Sachjen  
Es  
was man  
den über  
mit den  
Begeister  
sich schli

Herr  
lag" ist  
In  
gebung t  
Gedenkt  
Schulfin  
unbeding  
Wälderch  
Zahren d  
Und wer  
sofen au  
fiengen d  
ist nun  
Sachjen  
Es  
was man  
den über  
mit den  
Begeister  
sich schli

Herr  
lag" ist  
In  
gebung t  
Gedenkt  
Schulfin  
unbeding  
Wälderch  
Zahren d  
Und wer  
sofen au  
fiengen d  
ist nun  
Sachjen  
Es  
was man  
den über  
mit den  
Begeister  
sich schli

Stuttgart... und Erfolge

am 22. Mai... Zentralrat... immer noch... Rhein... neuen... ernennen... Disziplin... weiter... abzugeben... für beide... vermeiden.

Annahme der... Anfrage eine... kisten, damit... ungen für sich... bedenklich be... päflich, ihre... trages oder... Hauptauf... etrachtet wie... erlegenden... des Stand... erband hatte... Unpartei... besondere... diesem Se... zustande ge... Schiedsper...

Beleidigung... Schöffent... Promm... Beirerban... verläum... 30 Tage... der schließ... einbruchsort... ab. Genosse... mit einigen... erklärung nicht... Enfalls unter... eine Ge... gemeldet... keine Ver... diese An... nur auch... versammlung... die Antwor... Promm in... er sei ein... gegen... Widerlage... ten Termin... weil durch... bekannt... Antalt den... durch Ver... Nun... verhöhte... war unse... wegen ver... erlichen... nicht im... Antalt gab... in Wortwur... zeige gegen... Genosse als... wohl gar... auch in... ers uneres... des Ges... Anzeiger... demokratischer... eine De... mmm könne... get Spigel... des Wissen... mußte des... hellung in... em er die... r Promm

Beleidigung... Schöffent... Promm... Beirerban... verläum... 30 Tage... der schließ... einbruchsort... ab. Genosse... mit einigen... erklärung nicht... Enfalls unter... eine Ge... gemeldet... keine Ver... diese An... nur auch... versammlung... die Antwor... Promm in... er sei ein... gegen... Widerlage... ten Termin... weil durch... bekannt... Antalt den... durch Ver... Nun... verhöhte... war unse... wegen ver... erlichen... nicht im... Antalt gab... in Wortwur... zeige gegen... Genosse als... wohl gar... auch in... ers uneres... des Ges... Anzeiger... demokratischer... eine De... mmm könne... get Spigel... des Wissen... mußte des... hellung in... em er die... r Promm

Beleidigung... Schöffent... Promm... Beirerban... verläum... 30 Tage... der schließ... einbruchsort... ab. Genosse... mit einigen... erklärung nicht... Enfalls unter... eine Ge... gemeldet... keine Ver... diese An... nur auch... versammlung... die Antwor... Promm in... er sei ein... gegen... Widerlage... ten Termin... weil durch... bekannt... Antalt den... durch Ver... Nun... verhöhte... war unse... wegen ver... erlichen... nicht im... Antalt gab... in Wortwur... zeige gegen... Genosse als... wohl gar... auch in... ers uneres... des Ges... Anzeiger... demokratischer... eine De... mmm könne... get Spigel... des Wissen... mußte des... hellung in... em er die... r Promm

Beleidigung... Schöffent... Promm... Beirerban... verläum... 30 Tage... der schließ... einbruchsort... ab. Genosse... mit einigen... erklärung nicht... Enfalls unter... eine Ge... gemeldet... keine Ver... diese An... nur auch... versammlung... die Antwor... Promm in... er sei ein... gegen... Widerlage... ten Termin... weil durch... bekannt... Antalt den... durch Ver... Nun... verhöhte... war unse... wegen ver... erlichen... nicht im... Antalt gab... in Wortwur... zeige gegen... Genosse als... wohl gar... auch in... ers uneres... des Ges... Anzeiger... demokratischer... eine De... mmm könne... get Spigel... des Wissen... mußte des... hellung in... em er die... r Promm

Beleidigung... Schöffent... Promm... Beirerban... verläum... 30 Tage... der schließ... einbruchsort... ab. Genosse... mit einigen... erklärung nicht... Enfalls unter... eine Ge... gemeldet... keine Ver... diese An... nur auch... versammlung... die Antwor... Promm in... er sei ein... gegen... Widerlage... ten Termin... weil durch... bekannt... Antalt den... durch Ver... Nun... verhöhte... war unse... wegen ver... erlichen... nicht im... Antalt gab... in Wortwur... zeige gegen... Genosse als... wohl gar... auch in... ers uneres... des Ges... Anzeiger... demokratischer... eine De... mmm könne... get Spigel... des Wissen... mußte des... hellung in... em er die... r Promm

Beleidigung... Schöffent... Promm... Beirerban... verläum... 30 Tage... der schließ... einbruchsort... ab. Genosse... mit einigen... erklärung nicht... Enfalls unter... eine Ge... gemeldet... keine Ver... diese An... nur auch... versammlung... die Antwor... Promm in... er sei ein... gegen... Widerlage... ten Termin... weil durch... bekannt... Antalt den... durch Ver... Nun... verhöhte... war unse... wegen ver... erlichen... nicht im... Antalt gab... in Wortwur... zeige gegen... Genosse als... wohl gar... auch in... ers uneres... des Ges... Anzeiger... demokratischer... eine De... mmm könne... get Spigel... des Wissen... mußte des... hellung in... em er die... r Promm

Beleidigung... Schöffent... Promm... Beirerban... verläum... 30 Tage... der schließ... einbruchsort... ab. Genosse... mit einigen... erklärung nicht... Enfalls unter... eine Ge... gemeldet... keine Ver... diese An... nur auch... versammlung... die Antwor... Promm in... er sei ein... gegen... Widerlage... ten Termin... weil durch... bekannt... Antalt den... durch Ver... Nun... verhöhte... war unse... wegen ver... erlichen... nicht im... Antalt gab... in Wortwur... zeige gegen... Genosse als... wohl gar... auch in... ers uneres... des Ges... Anzeiger... demokratischer... eine De... mmm könne... get Spigel... des Wissen... mußte des... hellung in... em er die... r Promm

Beleidigung... Schöffent... Promm... Beirerban... verläum... 30 Tage... der schließ... einbruchsort... ab. Genosse... mit einigen... erklärung nicht... Enfalls unter... eine Ge... gemeldet... keine Ver... diese An... nur auch... versammlung... die Antwor... Promm in... er sei ein... gegen... Widerlage... ten Termin... weil durch... bekannt... Antalt den... durch Ver... Nun... verhöhte... war unse... wegen ver... erlichen... nicht im... Antalt gab... in Wortwur... zeige gegen... Genosse als... wohl gar... auch in... ers uneres... des Ges... Anzeiger... demokratischer... eine De... mmm könne... get Spigel... des Wissen... mußte des... hellung in... em er die... r Promm

wenn wir noch mehr Wahlkreise hätten einschließen können.

Aber Sie müssen sich gewärtig halten, das sage ich namentlich unseren Freunden von der Schweizer Grenze, das Abkommen ist entsprungen aus dem Bestreben, die Herbeiführung der Zentrumsmehrheit zu verhindern und deswegen in all den Kreisen, wo die Liberalen stärker sind als wir, haben die Gegner doppelte Kandidaturen aufzustellen sich verpflichtet. Es gibt aber Kreise, namentlich im Oberland, wo die Liberalen, wenn sie zusammengehen, unter Umständen allein stärker sein könnten, als wir. Nun wäre es unbillig, wenn wir die freie Entwicklung und das Spiel der Kräfte innerhalb der drei Großblockparteien hemmen würden. Wir wollen uns keine Mandate scheitern lassen. Wir wollen nur, daß in gewissen Kreisen

das Spekulieren auf die unerbetene Hilfe des Zentrums ausgeschaltet

wird. Das Wichtigste ist nicht die Sicherung des einen oder anderen sozialdemokratischen Mandats, sondern daß sie durch die Tat, nicht bloß durch Worte dem Zentrum zurufen: Wir durchkreuzen eure Taktik und wir wenden uns mit Verachtung davon ab, daß ihr die Taktik durchführen wollt. Es ist begreiflich, daß beim einen oder andern sich der Wunsch regt: Wenn wir doch nur einmal um die Notwendigkeit herumkämen, immer diese Hindernisse zu schließen, die doch immer auch die Möglichkeit des Mißlingens bringen. Gerade diese Erwägungen haben zu dem Verlangen geführt, die Proportionalwahlen einzuführen. Dann wären mit einem Schlage Zeit und Kräfte gespart, die wir jetzt für die Verhandlungen brauchen und jede Partei könnte selbstständig in den Wahlkampf ziehen. Sie wissen aber, wie sich das Zentrum in den letzten Wochen dazu verhalten hat. Der Freiburger Votz hat die Frage aus dem Saal gelassen und neuerdings hat der Bad. Beobachter davon geredet, daß man nicht wisse, ob man wirklich die Verhältniswahlen durchführen wolle, bloß um einer Partei, nämlich der Nationalliberalen, einen Gefallen zu erweisen. Wenn nun nicht alles trügt, wird durch diese Aeußerung der künftige Umfall des Zentrums in der Frage der Verhältniswahl vorbereitet und deswegen müssen wir bei den Wahlen alles daran setzen, um zu erreichen, daß wir bei der Durchführung dieser Verfassungsreform von den Stimmen des Zentrums unabhängig werden. Wir feiern in wenigen Jahren das hundertjährige Jubiläum der badischen Verfassung. Es wäre Gelegenheit für die Regierung, dem badischen Volke ein Jubiläumsgeschenk zu machen und ihm eine Verfassung zu sichern, daß es ähnlich wie bei den Gemeinden nach der Stärke der Parteien gerecht vertreten würde. Ich zweifle nicht daran, daß Sie unserem Abkommen Ihre Zustimmung erteilen.

Ich zweifle auch nicht daran, daß die beiden liberalen Parteien zu dem gleichen Ergebnis kommen. Jetzt ist die Bahn frei für Sie, für die Arbeit, für den Kampf. Sie können für den ersten Wahlgang überall Ihre Parteigenossen aufrufen, Sie können nun unsere Forderungen den Wählern bekannt machen. Sie müssen sich klar machen, daß von den badischen Landtagswahlen viel abhängt. Wenn wir dieses Abkommen preisgeben würden, dann würden wir nicht für den Süden allein sondern für das ganze Deutschland eine große Schlacht verloren geben. Ich bin überzeugt, daß es anders kommen wird, als es das Zentrum sich ausgerechnet hat. Es ist schon ein großer Erfolg, daß heute die drei Parteien einmütig, zu gleicher Zeit sich für den Gedanken des Großblocks bekennen. Was 1905 möglich war, muß auch 1913 möglich sein, daß nämlich das Zentrum mit blutigen Köpfen abziehen muß! Gehen Sie an die Arbeit, gehen Sie in die Schlacht! (Lang andauernder Beifall.)

Zur Geschäftsordnung ist folgender Antrag eingelaufen: Der Parteitag wolle beschließen, in Anbetracht des vorliegenden Referats des Genossen Dr. Frank, in welchem uns in ausführlicher Weise die gegenwärtige politische Lage klargelegt wurde, nicht in eine Diskussion zu diesem Referat einzutreten.

Der Antrag wird einstimmig angenommen. Es werden dann noch folgende eingereichten Anträge zur Verlesung gebracht:

Der Parteitag beschließt, die Rede des Genossen Dr. Frank zu den Landtagswahlen in Broschürenform herzustellen und zu einem billigen Preis als Agitationsmaterial abzugeben. Die anwesenden Genossen verpflichten sich, für weitestgehende Verbreitung dieser Broschüre zu sorgen.

Der Landesvorstand bildet das Zentralwahlkomitee. Er hat das Recht, andere Genossen zu kooptieren und die für den zweiten Wahlgang in Frage kommenden Kandidaten und Wahlkreisvorsitzenden zu seinen Beratungen hinzuzuziehen.

Die Anträge werden einstimmig angenommen. Engler ermahnt die Genossen, für weitestgehende Verbreitung der Broschüre zu sorgen.

Der Antrag, der die Billigung des Wahlabkommens befürwortet, hat folgenden Wortlaut:

Der Parteitag billigt das von dem Landesvorstand mit der nationalliberalen Partei und der fortschrittlichen Volkspartei getroffene Abkommen für die nächsten Landtagswahlen.

Es erfolgt unter lebhaftem Beifall die einstimmige Annahme des Antrages.

Darauf hält Dr. Frank die Schlussrede. Er fordert nochmals zu intensivem Kampfe gegen das Zentrum auf; die badische Sozialdemokratie muß zeigen, daß ihre Sache die bessere ist und daß sie um deswillen den Sieg davontragen muß. Mit einem draufenden Hoch auf die badische und die deutsche Sozialdemokratie schloß er kurz nach 11 Uhr den vorläufig verlaufenen außerordentlichen badischen Parteitag.

### Deutscher Reichstag.

Am Samstag stand zuerst die Militärjuzitz unter dem hellen Licht der sozialdemokratischen Kritik. Unsere Genossen Kunert, Reus und Stadiggen trübten die Regierung und die Vertreter der bürgerlichen Parteien, die immer jede Reform verweigerten oder formalen oder Ausflüchte gegen die sozialdemokratischen Anträge vorbrachten, in die Enge. Die Sände der Soldatenmischhandlungen stand im Mittelpunkt der Erörterungen. Mit Nachdruck wiesen unsere Genossen darauf hin, daß das größte Verbrechen an dem Zurückgehen der Soldatenmischhandlungen in erster Linie der Sozial-

demokratie und ihrer unermüdlichen Kritik der Soldatenmischerei zu danken sei.

Zu dem fortschrittlichen Antrag, der für die männliche Jugend im schulpflichtigen Alter Turnunterricht verlangt, wird von sozialdemokratischer Seite ein Zusatz gefordert, der die ständischen Eingriffe der preussischen Kultuspolizei in das Arbeiterturnwesen unmöglich machen will. Der Sprecher der fortschrittlichen Volkspartei, Herr Müller-Reiningen, mußte sich bei dieser Gelegenheit von dem Kriegsminister mit den Waffen um die Ohren schlagen lassen, mit denen er selber dieser Tage mehr als einmal gegen die Sozialdemokraten in der Luft herumgefuchelt hatte: man dürfe die gewünschten Reformen nicht durch Anträge in das Militärgesetz hineindrängen wollen. Jetzt wollte er es selbst und desavouierte damit die ganze bisherige Taktik der Fortschrittler gegen die sozialdemokratischen Anträge. Das war eine verbiente Strafe für fortschrittliche Halbheit und Rechnungsträgererei.

Von unserer Seite bedachte Genosse Heine in gründlichen und sachkundigen, durch jahrelange juristische Praxis gestützten Darlegungen die Treibereien des preussischen Kultusministeriums gegen die Arbeiterturnvereine auf und geißelte zugleich die politische Scheuerei des Jungdeutschlandbundes.

Am Montag fällt die Sitzung aus. Am Dienstag wird die Beratung fortgesetzt und wahrscheinlich beendet werden.

### Badische Politik.

Eine interessante Entscheidung des Großh. Verwaltungsgerichtshofs.

Aus Anlaß der Gemeinewahlen in Mosbach hat der Großh. Verwaltungsgerichtshof eine Entscheidung getroffen, die für weitere Kreise interessant sein dürfte. Bei der Neuwahl des Gemeinderats hatten u. a. zehn Bürgerausschußmitglieder mitgewirkt, deren Wahl angefochten war und später für ungültig erklärt wurde. Mit Rücksicht hierauf hat der Bezirksrat auch die Gemeinderatswahl für ungültig erklärt. Diese Entscheidung wurde angefochten unter Hinweis auf die Vorschrift des § 23 der Gemeinewahlordnung, wonach Einsprachen gegen die Wahlen zum Bürgerausschuß keine ausschließende Wirkung haben. Der Verwaltungsgerichtshof hat nun die Vorschrift des § 23 dahin ausgelegt, daß die Beschlüsse der Bürgerausschüsse gültig sind und gültig bleiben, auch wenn bei der Beschlusfassung solche Mitglieder mitgewirkt haben, deren Wahl angefochten war und später für ungültig erklärt wurde. Dagegen erklärte der Gerichtshof diese Vorschrift für nicht anwendbar und auf die vom Bürgerausschuß vorzunehmende Wahl des Gemeinderats, weil nach § 2 Abs. 1 der Wahlordnung die Wahl des Gemeinderats durch den Bürgerausschuß erst dann vorgenommen werden dürfe, wenn alle Einsprachen gegen die Wähler zum Bürgerausschuß endgültig erledigt seien. Wenn im Widerspruch mit dieser Vorschrift die Gemeinderatswahl stattfindet, bevor die Zusammenfassung des Bürgerausschusses endgültig feststeht, so sei sie ungültig, falls ihr Ergebnis durch die Stimmen derjenigen Ausschußmitglieder, deren Wahl nachträglich für ungültig erklärt wurde, maßgebend beeinflusst worden sei. Auf Grund dieser Erwägungen seien auch im vorliegenden Falle die angefochtenen Gemeinderatswahlen als ungültig anzusehen.

### Der landständische Ausschuß

Ist auf den 26. Juni ds. Js., vormittags 11 Uhr, in die Räume der Ersten Kammer in Karlsruhe einberufen worden, um die gefälligst vorgezeichneten Prüfungen der Rechnungen der Amortisationskasse und der Eisenbahnschuldentilgungskasse für das Jahr 1912 vorzunehmen.

### Die Mannheimer Handelskammer zum Wehrbeitrag.

Die Handelskammer für den Kreis Mannheim sendet zum Wehrbeitrag und zur Vermögenszuwachssteuer an den Reichstag folgende Erklärung:

„Handel und Industrie haben ihre Bereitwilligkeit erklärt, die zur Deckung der Wehrverlage erforderlichen Mittel in Form des von der Reichsregierung vorgeschlagenen Wehrbeitrags sowie einer Vermögenssteuer und zwar in erster Linie der Erbschaftsteuer mit aufbringen zu helfen. Das aber, was jetzt über die Beschlüsse der Budgetkommission des Reichstags und über die Vereinbarungen unter den Parteien bekannt wird, ist etwas ganz anderes und fordert den energischen Widerspruch der Angehörigen von Handel und Industrie heraus.

Die beabsichtigte gewaltige progressive Belastung der Vermögen und Einkommen beim Wehrbeitrag in Verbindung mit einer alle drei Jahre wiederkehrenden Vermögenszuwachssteuer sind geeignet, die für die Entwicklung der jungen deutschen Volkswirtschaft so notwendige Kapitalbildung schwer zu gefährden. Würde doch insbesondere die Vermögenszuwachssteuer eine Doppelbelastung des Vermögenszuwachses in allen Bundesstaaten bedeuten, die schon eine scharf progressive Vermögenssteuer besitzen, wie Baden, wo alljährlich der Vermögenszuwachs bei der Vermögenssteuer erfaßt wird. Die Einführung besonderer Reichs-Vermögens- und Einkommensteuern neben den einzelstaatlichen hätte in Bundesstaaten, in welchen Vermögen und Einkommen bereits bis zur Grenze des Erträgtlichen steuerlich herangezogen sind, ohne Zweifel eine Kapitalabwanderung und damit mangels weiterer einzelstaatlicher Einnahmequellen eine Einschränkung der Kulturaufgaben notwendig im Gefolge.

Die übertriebene Progression und die Heranziehung flüchtiger Vermögenswerte beim Wehrbeitrag läßt in weiten Kreisen die Empfindung aufkommen, daß auch bei dieser Gelegenheit wieder, unbekümmert um Eigentumsrechte, vorzugsweise die Schichten herangezogen werden sollen, die infolge ihrer geringen Zahl keinen parlamentarischen Einfluß besitzen.

Alle Gebote der Billigkeit verlangen eine solche Verteilung des Wehrbeitrags, daß er als ein allgemeines Opfer des gesamten Volkes erscheint, da alle Schichten der Bevölkerung gleichmäßig an der Erhaltung der Wehrhaftigkeit des Reichs interessiert sind; ferner daß als direkte Reichssteuer in erster Linie die nur in längeren Zwischenräumen wiederkehrende und die Kapitalbildung daher verhältnismäßig am wenigsten hemmende Erbschaftsteuer eingeführt wird und bei der Ausgestaltung der Steuern sowie der Gestaltung der Einschätzungsgrundlagen Industrie und Handel nicht schlechter gestellt werden als die Landwirtschaft und andere Berufs-zweige, endlich daß der Wehrbeitrag die Grenze der von der Reichsregierung als erforderlich bezeichneten Summe von einer Willkür nicht übersteigt.“

Ja, so sind sie, die Herren von Bildung und Besitz. Erst machen sie große patriotische Sprüche, dann, wenns ans Bezahlen geht, ist der Schlamassel da. Jetzt soll das „Opfer“ ein „allgemeines“ für das „gesamte Volk“ werden.

### Aus der Partei.

Rechtprozeß. Wegen angeblicher Beleidigung des Redakteurs Kunoich von den „Dremer Nachrichten“ wurde am Donnerstag von der Dremer Strafkammer der Genosse Schwarz, Verantwortlicher der „Dremer Bürgerzeitung“, zu 400 Mark Strafe verurteilt.

### Aus dem Lande.

Schwefingen, 20. Juni. In einer Zelle des hiesigen Amtsgefängnisses versuchte der Gefangene Engelhardt seinem Leben durch Erhängen ein Ende zu bereiten. Er konnte noch rechtzeitig abgesehen werden.

Mannheim, 20. Juni. Der 46 Jahre alte verheiratete städtische Arbeiter Zuber, wurde gestern nachmittag während des heftigen Gewitters beim Minigen der Schmalenjumper auf der früheren Gemarkung Sandhofen von einem Blitzstrahl getroffen. Der Blitz fuhr ihm auf der rechten Seite herunter, an derselben einen Brandstreich zurücklassend. Glücklicherweise traten bei dem Manne nur leichte Verbrennungen ein, die bald wieder verschwanden. Es wurde jedoch seine Ueberführung ins Allgemeine Krankenhaus notwendig.

Bei einem sehr schweren Gewitter schlug der Blitz in Feudenheim mehrfach ein, ohne jedoch besonderen Schaden anzurichten. Infolge des wolkenbruchartigen Regens mußte die Feuerwehr alarmiert werden, da verschiedentlich in den Häusern das Wasser meterhoch in den Kellern stand. Vieh wurde Holz weggeschwemmt. Der Schaden, den das Unwetter auf den Feldern und an den Palmfrüchten angerichtet hat, ist immerhin erheblich.

Mannheim, 22. Juni. Bei dem schweren Gewitter am Donnerstag stand die Frau eines in der Waldhofstraße wohnenden Dekorateurs am Fenster, als ein greller Blitz niederfuhr. Die Frau griff sich mit beiden Händen ins Gesicht und sank einseitig zu Boden. Der Arzt stellte laut „Mannh. Ztbl.“ als Todesursache einen sogenannten kalten Blitzschlag fest.

Wiesloch, 21. Juni. In der Nacht vom Freitag auf Samstag wurde hier ein neuer Einbruch versucht. Die Diebe wollten in das Haus des Holzhändlers Städtinger eindringen, durch das Geräusch wurde aber das Ehepaar Städtinger aufmerksam und die Eindringler verschwanden.

Lahr, 20. Juni. Der 73 Jahre alte Privatier W. Rappin hat sich durch Einatmen von Leuchtgas das Leben genommen. Die Tat dürfte auf den schwerleidenden Zustand des Mannes zurückzuführen sein.

Rehl, 20. Juni. Der Tagelöhner Peter Schumacher aus der Rheinpfalz, der am Sonntag in der Nähe von Mudenstorf von 33jährigen Eisbotteninstitutsinhaber Franz Gallus überfallen und tödlich wurde nach dem Taktort geführt und der Leiche gegenübergestellt. Nach allem ist von einer Geistesgestörtheit bei dem Täter nichts wahrzunehmen.

Soenberg, 20. Juni. In der Oberfeldischen Pappensabrik brachte der Arbeiter Simon Ueberle seinen Kopf in den Laftenaufzug. Der Verunglückte hat sehr schwere Verletzungen erlitten.

Bödingen, 22. Juni. Gestern nachmittag zog ein schweres Gewitter über unsere Gemarkung. Dabei schlug der Blitz in die Scheuer des Herrn David Ehrfeld und zündete. Die ganze Scheuer stand sofort in Flammen. Mit knapper Not konnte das Vieh gerettet werden; alle landwirtschaftlichen Geräte sind verbrannt. Auch schlug der Blitz in das Wohnhaus des Gottfried Weilsdorfer, doch ohne zu zünden.

Eiersheim, 22. Juni. Gestern abend gegen 1/9 Uhr wurde auf der Straße Eiersheim-Uffigheim ein 13 Jahre alter Knabe von hier von einem Manne angehalten, bedroht und des Geldes, das er bei sich trug, beraubt. Der Knabe hatte ein Suhr nach Uffigheim gebracht und dabei 80 Pf. erhalten. Das war die ganze Beute, die der Straßenräuber machte. Dessen Verhaftung konnte bis jetzt nicht erfolgen.

Hüfingen, 20. Juni. Während eines 7 Uhr niedergegangenen Gewitters schlug der Blitz in das in der Hinterstadt gelegene dreiflügelige Wohn- und Oekonomiegebäude des Wirtsgemeisters Krausbed ein. Das Gebäude das auch noch von dem verheirateten Sohn des A. bewohnt war, brannte vollständig nieder. Das Vieh und ein Teil der Fahrnisse konnte gerettet werden.

Freiburg i. S., 19. Juni. Von einem Schwindler ist ein hiesiges Blatt genaschert worden. Das Blatt suchte, wie der „Straßb. Post“ berichtet wird, einen „repräsentablen“ Chefredakteur, dem nebenbei auch der Geldbeutel erlauben sollte, eine Einlage in das Unternehmen zu machen. Unter den Bewerbern imponierte dem Geschäftsführer besonders ein reicher Herr Dr. jur. Friese, Leutnant der Reserve, aus Berlin. Hochlegant in der Erscheinung, Weltmann im Verkehr, Gentleman durch und durch — so präenterte sich der neue Herr, der sich gleich ein flottes Junggefellensheim mietete und es mit allem ausstattete, was vereinierter moderner Geschmack zu einem erträglichem Dasein beanprucht. Die Geschäftskleute, die der Herr Doktor-Leutnant mit seinem Besuche beehrte, bezahlte er mit Bistritenkarten, auf denen seine sämtlichen Titel verzeichnet waren. Dann reiste er zur Ordnung seiner Privatverhältnisse, wobei der Finanzmann, nach Berlin zurück, die mannigfachen eleganten Neuwerbungen mit sich nehmend. Dieser Tage sollte er nun sein Amt als Chefredakteur antreten. Er erschien aber nicht, und zwar aus guten Gründen. Denn der Herr Dr. Friese heißt eigentlich Max Knocke, ist auch kein Jurist und Leutnant, sondern ein simpler Handlungsgehilfe, der vom Staatsanwalt wegen Betrugs, Urkundenfälschung und Beschweklerei verfolgt wird. Es ist festgestellt worden, daß er von hier tatsächlich nach Berlin reiste, von dort ist er nach der Schweiz entkommen, wo der „repräsentable“ Herr, der Einlagen in jeder Höhe machen kann, wohl weiter sein Gaunerglück versuchen wird.

Überach, 20. Juni. Der seit Montag vermählte 41 Jahre alte Landwirt Hupfer von hier wurde in der Nähe von Basel erschossen aufgefunden. Es liegt Selbstmord vor.

Waldshut, 22. Juni. Zwei Kinder, ein fünfjähriges Mädchen und ein dreijähriger Knabe fielen samt einem kleinen Wägelchen, in welchem die Kinder saßen, in den Rhein. Eine Frau rettete den Knaben, während das Mädchen rheinwärts trieb. Schließlich gelang es, auch dieses Kind zu retten.

St. Georgen (Schwarzwald), 22. Juni. Für die fünf Heiligenfiguren in der evangelischen Kirche wurden neuerdings wieder von Privatens 25 000 resp. 35 000 M. geboten. Auch der badische Staat bewirbt sich nunmehr um die sehr wertvollen Figuren.

Konstanz, 20. Juni. Gestern ist der Direktor der Heil- und Pflegeanstalt bei Konstanz (Meidenau-Wollmatingen), Medizinalrat Dr. Oker, bisher 1. Arzt in der Anstalt Altnau, aufgezogen. Die Verwaltungs- und Krankengebäude schreiten berart ihrer Vollendung entgegen, daß wie beabsichtigt nun bestimmt in diesem Späthjahr die ersten 400 Kranken aufgenommen werden können. Hiermit werden die Anstalten Altnau, Emmendingen und Wiesloch die schon längst gewünschte Entlastung erfahren.

### Aus der Stadt.

Karlsruhe, 23. Juni.

#### Herr Oberbürgermeister Siegrist

teilt uns mit, daß die Behauptung, er hätte unter Umgehung der Sozialdemokratie eine Sitzung der bürgerlichen Fraktionen einberufen, nicht wahr sei. Weder habe er eine solche Absicht gehabt, noch den Versuch dazu gemacht, seinerseits eine solche Versammlung einzuberufen.

Wir nehmen von dieser Nichtigstellung Notiz. Uns ist es zwar von einer Seite, an deren Glaubwürdigkeit zu zweifeln, wir nicht den geringsten Anlaß hatten, die Mitteilung gemacht. Der „Bad. Landesbote“ bestätigte am Samstag die Nichtigstellung derselben. Etwas muß also an der Sache schon sein. Heute hören wir, daß Herr Stadtrat Guggel derjenige sei, der sich um das Zustandekommen dieser Sitzung besonders bemüht habe. Wir werden weitere Erkundigungen einziehen.

Der „Neuen Bad. Landeszeitung“ wird zu der Angelegenheit aus Karlsruhe geschrieben:

Zu diesen Auslassungen des sozialdemokratischen Blattes ist zu bemerken, daß allerdings versucht wurde, die Bürgerausschuhmitglieder mit Ausnahme der sozialdemokratischen Fraktion zu einer vertraulichen Besprechung über das Oberbürgermeisterprojekt zu versammeln. Diese Zusammenkunft sollte aber nicht eine Bürgerausschuhfraktion sein, sondern lediglich den Charakter einer informativischen Vorbesprechung haben, die an sich zweifellos zulässig gewesen wäre und mit der Städteordnung nicht in Widerspruch steht. Die vorkommende Bürgerausschuhfraktion hat den Vorschlag aber trotzdem abgelehnt, weil sie die sozialdemokratische Bürgerausschuhfraktion auch bei einer solchen informativischen Vorbesprechung nicht ausschalten wollte. Insofern trifft die Angabe des „Volksfreund“ zu. Nicht erweisen ist aber, daß die Anregung zu einer solchen vom Oberbürgermeister ausging, direkt wenigstens sicher nicht. Nach unsern Informationen wurde der Vorschlag vielmehr von einzelnen Anhängern des Oberbürgermeister-Projekts innerhalb der national-liberalen Fraktion den übrigen Fraktionen unterbreitet.

Das Zentrum erwiderte in zustimmendem Sinne, während die fortschrittliche Volkspartei, wie erwähnt, ablehnte. Damit fiel der ganze Plan ins Wasser. Ob der Oberbürgermeister die erwähnten Herren aus der national-liberalen Fraktion zu dieser Vorbesprechung veranlaßte oder ob diese aus eigener Initiative handelten, wird sich ja zeigen.

Nach der Nichtigstellung des Herrn Oberbürgermeisters scheint dieser nicht der unmittelbare Veranlasser der Aktion zu sein; in wie weit er von den Treibern gegen die sozialdemokratische Fraktion unterrichtet war, läßt sich nicht nachweisen. Die Herren Guggel und Konforten haben durch die geplante Aktion weder dem Projekt des Oberbürgermeisters noch diesem selbst einen guten Dienst geleistet. Jetzt wird von dieser Seite versucht, die ablehnende Haltung der sozialdemokratischen Fraktion gegen das oberbürgermeisterliche Projekt als eine gegen den Herrn Siegrist persönlich gerichtete Aktion zu denunzieren. Selbstverständlich trifft das in keiner Weise zu. Die Gründe, welche die sozialdemokratische Fraktion veranlassen, das Projekt abzulehnen, sind rein sachlicher Art. Daß wir nach gewissen Vorgängen Herrn Oberbürgermeister Siegrist kein Vertrauen mehr entgegenbringen, ist gewiß zu verstehen; allein das kann und wird uns nie hindern, die von ihm vertretenen Vorlagen ausschließlich nach sachlichen Gründen zu prüfen und zu beurteilen. Unter Herrn Schnebler hätten auch die Herren Guggel und Konforten nicht gewagt, in einer so eminent wichtigen Angelegenheit eine solch unerhörte Aktion gegen die sozialdemokratische Rathausvertretung zu unternehmen, die dazu keinerlei Veranlassung gegeben hat. Item, wir hatten nach den uns in der bestimmtesten Form gemachten Mitteilungen allen Grund, uns mit aller Schärfe zu wehren. Unser Kampf in dieser Sache gilt nicht dem Herrn Oberbürgermeister, sondern dem von ihm vertretenen Projekt.

Mit der Karlsruher Verkehrs- und Elektrizitätsfrage beschäftigt sich eine am Mittwochabend in den Koloosseumsaal einberufene öffentliche Versammlung, die von einem aus allen Kreisen der Bürgerschaft zusammengesetzten Komitee einberufen wurde. Die Referate halten die Herren Oberbau-Professor Baumeister und Bürgermeister Dietrich von Kehl. Es ist zu erwarten, daß diese Versammlung sehr stark besucht sein wird.

#### Die Bürgerausschuhfraktion

welche sich mit dem oberbürgermeisterlichen Projekt betreffend die Verkehrs- und Elektrizitätsfrage beschäftigt, findet am Freitag, 27. ds. Mts., statt.

#### Vom neuen Karlsruher Personenbahnhof.

Mit besonderem Interesse kann man augenblicklich den Arbeiten in und um den neuen Personenbahnhof folgen. Mit Fleiß wird gearbeitet, um den Termin des 15. Oktober zur Eröffnung des neuen Bahnhofs festhalten zu können. Wenn der Baue sich erkundigt, ob der festgesetzte Eröffnungstag auch wirklich eingehalten werden wird, so lautet die Antwort kurz und bündig: Es wird unter allen Umständen gehalten. Dabei kann allerdings nicht verhehlt werden, daß es der Anstrengung aller Arbeitskräfte bedarf, um die noch harrenden Schwierigkeiten zu beseitigen. Zunächst ist als erfreulicher Fortschritt zu konstatieren, daß die 5 großen Einfahrtshallen nebst zwei kleineren Anschlußhallen fertig aufgestellt sind. Sie zeigen sich weithin im Kostfick; in Kürze erhalten sie den sogenannten Silberstrich. Auch die innere Einrichtung schreitet zusehends weiter. Zur Zeit ist man noch mit der Fertigstellung der vielen Gleise beschäftigt. Die Stellwerke sind schon vollendet. Die ganze Anlage, ungefähr sechs Stellwerke, erhält unterirdische elektrische Kabelleitung, während für die oberen Stellwerke (3) gegen Süden oberirdische Leitung mit Gestängeleitung vorgesehen ist. Im letzteren Fall handelt es sich besonders um die Abstell- und Maschinenhausgleise.

Die Zufahrtsstraßen zum neuen Personenbahnhof sind im großen und ganzen ebenfalls fertig gestellt und fallen durch ihre schöne breite Anlage auf. Ein Teil der Beamten und Angestellten hat schon auf Anfang August Weisung erhalten, zur Einübung auf dem neuen Bahnhof Dienste zu leisten. Mit dem Bahnhofneubau ist auch eine Neueinteilung verschiedener Dienstzweige nötig. Auch in der nächsten Umgestaltung des Bahn-

hofes steigen die ersten Bauten aus dem Boden heraus. So ist das große Hotel gegenüber dem Haupteingang bereits über die Fundamentmauern hinaus gediehen und es dürfte noch in diesem Jahre zu beziehen sein. Die Anlagen der Straßen, Kanalisation usw. und die endgültige Fertigstellung dürfte bis Ende August dauern.

#### Stadtrats-Sitzung

vom 19. Juni 1913.

Ergänzung des Bürgerausschusses. Wirt Leonhard Göl III. im Stadtteil Daylanden, der an Stelle des infolge Wegzugs von hier aus dem Bürgerausschuh ausgeschiedenen Kaufmanns Max Marum treten sollte, hat die Wahl zum Stadtratsmitglied wegen anhaltender Krankheit abgelehnt. Der Stadtrat hält die Ablehnung nach § 9 Absatz 3 Ziffer 1 der Städteordnung für begründet und beruft den nächstfolgenden der gleichen Wahllooschlagsliste der sozialdemokratischen Partei angehörenden Bemerber, Dreher Christian Ludwig Eberhard im Stadtteil Rintheim, zum Stadtratsmitglied für die restliche Amtszeit Marums (bis 1917).

Arbeitszeit der Feuerhausarbeiter im Gaswerk I. Auf Antrag der Gas- und Wasserwerkskommission wird beschlossen, im Gaswerk I die achttündige Arbeitszeit der Feuerhausarbeiter, die bis jetzt nur für die Zeit vom 1. April bis 30. September eingeführt war, auf das ganze Jahr auszubehalten.

Müllabfuhr im Stadtteil Veierheim. Die Zahl der Grundstücke im Stadtteil Veierheim, aus denen das Hausmüll wöchentlich einmal durch das städtische Tiefbauamt gegen Entgelt abgeführt wird, ist nunmehr auf 82 gestiegen. Auf Antrag der Beteiligten beschließt der Stadtrat, im Jahre 1914 die unentgeltliche Müllabfuhr für Veierheim (einmal in der Woche) einzuführen und die erforderlichen Mittel in den Entwurf des nächstjährigen Gemeindefinanzplans einzustellen.

Schulzahnklinik. Nach dem Jahresbericht der städtischen Schulzahnklinik wurden im 5. Betriebsjahr (1. Juni 1912 bis 31. Mai 1913) außer den Unterweisungen in der Mundhygiene 2305 Kinder behandelt. Die einzelnen zahnärztlichen Leistungen setzen sich wie folgt zusammen: 8875 gezogene Zähne und Wurzeln (davon 2586 Milchzähne), 1686 Injektionen, 510 Nervenbehandlungen, 1151 Zahnfüllungen, 385 Unterlagen, 1585 Wurzelbehandlungen, 1008 Wurzelfüllungen, 1467 prophylaktische Füllungen, 288 Separationen, 124 Zahnreinigungen, 12 operative Eingriffe, 71 sonstige Behandlungen, 677 Konjektationen. Im Ganzen wurden sonach 15 134 einzelne Handlungen ausgeführt (gegenüber 15 022 im 4. Berichtsjahre). Da die Sprechstunden des Schulzahnarztes durch den starken Besuch der Volksschulkinde vollständig ausgefüllt sind, ist eine weitere wesentliche Vermehrung der Leistungen in den kommenden Jahren nicht zu erwarten.

\* Die sozialdemokratischen Bürgerausschuhmitglieder werden an die heute abend stattfindende Fraktionsitzung mit der Bitte um vollzähliges Erscheinen erinnert.

Herr Stadtrat Vlos feierte, wie wir dem „Beobachter“ entnehmen, vor einigen Tagen seinen 60. Geburtstag. In Herrn Vlos besitzt der Stadtrat ein tüchtiges, auf verschiedenen Gebieten des öffentlichen Lebens verfeiertes Mitglied und der Karlsruher Stadtgarten einen ebenso tüchtigen wie eifrigen Neupflanzler, der mit Liebe und Verständnis seines Amtes waltet. Durch seine persönlichen liebenswürdigen Eigenschaften steht Herr Vlos bei allen, die ihn kennen, in hohem Ansehen und bringen wir dem Jubilar noch nachträglich gerne unsere herzlichsten Glückwünsche dar.

Bevölkerungsbewegung im Monat Mai. Die Zahl der Eheschließungen betrug 116 (1912: 114). Lebendgeborene wurden 231 (217) angemeldet, darunter 130 (114) Knaben und 104 (103) Mädchen; ehelich waren 203 (194) und unehelich 31 (23). Die Zahl der Totgeburten betrug 7 (5), darunter 6 (3) Knaben und 1 (2) Mädchen. Gestorben sind 150 (160) Personen und zwar 86 (84) männlichen und 64 (76) weiblichen Geschlechts; unter den Gestorbenen befanden sich 24 (33) Kinder im 1. und 7 (22) Kinder im 2.-5. Lebensjahr. Die hauptsächlichsten Todesursachen waren Scharlach in 11 Fällen (—); Malaria (8); Diphtherie und Krupp (—); Keuchhusten 1 (3); Typhus (—); Influenza 1 (1); Gemüthstarre (—); Lungentuberkulose 28 (15); Lungenerkrankung 7 (12); sonstige Krankheiten der Atmungsorgane 7 (9); Krankheiten der Kreislauforgane 23 (18); Krankheiten des Nervensystems 10 (16); Magen- und Darmkatarrh 6 (14), darunter befanden sich Kinder im 1. Lebensjahr 6 (12); sonstige Magen- und Darmkrankheiten 14 (6); Krebs und sonstige Neubildungen 14 (18); Selbstmord 3 (2); Verunglückung 6 (3). — Auf 100 Einwohner und aufs Jahr berechnet betrug die Zahl der Eheschließungen 9,82 (9,91), der Geburten 20,15 (19,03), der Lebendgeborenen 19,81 (18,86), der Sterbefälle 12,70 (13,91) und der Geburtenüberschuss 7,11 (4,95).

Der Alkohol. Gestern abend ist in einer Wirtshauskneipe in der Ramestraße zwischen mehreren jungen Leuten Streit entstanden, wobei ein verheirateter Maschinenmeister aus der Grenzstraße und ein lediger Schreiner durch Biergötter derart verletzt wurden, daß beide mittelst des Krankenautos in das städtische Krankenhaus verbracht werden mußten.

Diebstahl. Eine Geldkassette mit 1800 Mark entwendeten gestern nachmittag die beiden Hausburken eines hiesigen Wirtes aus einem unverschlossenen Zimmer. Der eine ist 1,75 bis 1,80 Meter groß, schlank, 24 Jahre alt, hat schwarze Haare, Anflug von Schnurbart, längliches Gesicht, breite Hände und abgegriffene Fingernägel, der andere ist 1,68—1,70 Meter groß, schlank, mager, 23 Jahre alt, hat dunkelblonde Haare und ist bartlos. Beide sprechen gut französisch und konnten bis jetzt noch nicht ergriffen werden.

Unfall. Gestern nachmittag 3 Uhr erlitt ein in der Ramestraße wohnhafter lediger Schlosser am neuen Bahnhof dadurch einen Unfall, daß, während er mit der Reinigung beschäftigt war, der Zylinder einer Benzolmaschine explodierte, wobei er erhebliche Brandwunden an beiden Armen davontrug, die seine Ueberführung in das städtische Krankenhaus nötig machten.

#### Vergnügungen und Unterhaltungen.

Interims-Theater Karlsruhe (Städtische Festhalle). Heute Montag abend findet die dritte Wiederholung der am Samstag zur Eröffnung des Sommertheaters gegebenen Komödie „Der liebe Augustin“ statt. Wir werden gebieten, das Publikum darauf aufmerksam zu machen, daß die lange Dauer der Aufführung — die Vorstellung erreichte erst um 12 Uhr ihre Ende — zwar in erster Linie den häufigen Wiederholungen der Gesangsnummern, fast alle Schläger wurden Dalapo verlangt und gegeben, ihren Grund hatte, dann aber auch durch die Schwierigkeit bedingt wurde, die natürlich bei der beschleunigten Ausführung des Theaterbaues nicht ausbleiben konnten. Bei normaler Dauer ist die Vorstellung um 11 Uhr beendet.

#### Neues vom Tage.

##### Unglücksfall.

Bethune, 20. Juni. In einer hiesigen Eisengießerei riß die Kette des Lastzuges. Vier Monteure stürzten 22 Meter tief ab und wurden getötet.

##### Wegen Zweikampf verurteilt.

Berlin, 21. Juni. Die 2. Strafkammer des Landgerichts Berlin 1 verurteilte den Grafen Alfred von Rönigsmark wegen

Zweikampfes mit tödlichen Waffen zu 6 Monaten Festung, seinen Duellgegner den Rechtsanwalt Dr. Stemann aus Hamburg zu 3 Monaten Festung, den Major a. D. von Geslar wegen Kartelltragens zu 3 Tagen Festung. Das Duell, das unblutig verlief und mit Pistolen ausgetragen wurde, war die Folge eines Zusammenstoßes auf dem Hamburger Rennen.

#### Zur Bremer Bluttat.

Bremen, 21. Juni. Durch die polizeilichen Ermittlungen ist jetzt definitiv festgestellt, daß der Mörder, der gestern vormittag in der katholischen Marienschule das Revolvententat gegen die Schulfinder verübte, geisteskrank ist. Es ist der stellungslöse 30jährige Oberlehrer Ernst Friedrich Schmidt aus Schwerin, evangelischer Konfession. Er wurde noch gestern abend der Irrenanstalt Ellen zugeführt. Das Motiv der Tat ist darin zu erblicken, daß er sich einbildete, einen ausgebrochenen Haß gegen die Jesuiten zu haben. Dies geht deutlich aus zwei Briefen hervor, die Schmidt an seine Schwester und einen hiesigen Arzt gerichtet hat. Im ganzen hat Schmidt 21 Personen getroffen. Außer dem Lehrer Wöllmann schweben fünf Kinder in Lebensgefahr. Weitere acht verletzte Kinder liegen im Krankenhaus und sechs Kinder befinden sich in der elterlichen Wohnung in ärztlicher Behandlung. Die Schule war noch gestern abend von dichten Menschenmassen umgeben. Wie später gemeldet wurde, ist im Befinden des schwer verletzten Lehrers Wöllmann eine leichte Besserung eingetreten. Die Ärzte haben auf operativem Wege die Kugel aus dem Körper des Lehrers entfernen können.

#### Todesurteile.

Hlensburg, 21. Juni. Das hiesige Schwurgericht beurteilte den 47 Jahre alten Arbeiter Dehlesien wegen Mordes und Diebstahls zum Tode, zu 3 1/2 Jahren Zuchthaus und den übrigen Nebenstrafen. Er hatte am 22. Februar den 70 Jahre alten Rentempfänger Ehlers in Dels erschlagen und beraubt.

Wien, 21. Juni. Von den Wiener Geschworenen wurde gestern der Kaufmann Emil Altmann, der im Februar ds. J. seine drei Schwäger, Gebrüder Berger, auf der Straße niederschloß, weil er sich von ihnen um seine Existenz gebracht glaubte, zum Tode durch den Strang verurteilt.

#### Unglücksfall.

Brüffel, 22. Juni. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich gestern auf der Ausstellung in Gent. Bei der in der Ausstellung aufgestellten Berg- und Talbahn riß eine Kette. Ein Wagen mit 12 Personen stürzte die hohe Böschung hinab und zerstückelte. Acht Personen erlitten schwere Verletzungen.

#### Die verbotene Internationale.

Brüffel, 20. Juni. General Gabeaux wird demnächst vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Dieser General ist beschuldigt, einem Japanfreisch beigemohnt zu haben, in dessen Verlauf einzelne Soldaten die Internationale sangen. In der allgemeinen gegen die Soldaten eingeleiteten Unternehmung, bei der der General den Vorsitz der Untersuchungs-Kommission führte, hatte er die Erklärung abgegeben, daß er eine solche Tat als nicht verwerflich betrachte. Der frühere Kriegsminister, General Michel, Kommandeur der Provinz Antwerpen, hat den General und die Mitglieder der Untersuchungs-Kommission verhaften lassen und Disziplinarmaßnahmen gegen sie gefordert.

#### 80 Feldarbeiterinnen verbannt.

Petersburg, 21. Juni. Auf dem Gute Kapsting im Gouvernement Poltawa hatte der Besitzer 80 Feldarbeiterinnen angenommen. Ueber die unwillkommene weibliche Konkurrenz erbittert, zündeten die Bauernburschen des Ortes die Scheune an, in der die Mädchen schliefen, nachdem sie alle Ausgänge verbarabiert hatten. Alle 80 Mädchen kamen in den Flammen um. Die Anstifter der furchtbaren Tat wurden verhaftet.

#### Kampf mit Banditen.

Warschau, 22. Juni. Die Polizeibehörde von Zagorze hatte in Erfahrung gebracht, daß vier Banditen eingetroffen seien, die die Kasse der Lokzer Spinnerier berauben wollten. Polizisten umstellten das Haus, in dem die Banditen abgestiegen waren. Sobald die Banditen merkten, daß sie entdeckt waren, eröffneten sie gegen die Beamten ein heftiges Feuer. Es entwickelte sich ein regelrechtes Gefecht, in dessen Verlauf mehr als hundert Schüsse gewechselt wurden. Schließlich gelang es den Polizeibeamten, das Haus in Brand zu stecken. Man fand später unter den Trümmern des abgebrannten Hauses drei Banditen tot auf. Der vierte starb nach wenigen Minuten.

#### Blutsflag in einen Auswandererbahnpfer.

Neuhort, 22. Juni. Der französische Auswandererbahnpfer „La France“ wurde gestern kurz vor seinem Einlaufen in den Neuhorter Hafen von einem Gewittersturm überfallen. Ein Blitz traf den Dampfer und sechs Matrosen fielen bewußtlos zu Boden, ohne jedoch Verletzungen erlitten zu haben. Sämtliche Apparate für drahtlose Telegraphie wurden zerstört. Unter den Passagieren entstand eine Panik. Nur mit größter Mühe gelang es, die Auswanderer wieder zu beruhigen.

#### Briefkasten der Redaktion.

Nr. 100 A. Sie können den Eigentümer der Kasse für den Verlust verantwortlich machen.

#### Wasserstand des Rheins.

21. Juni. Schusterinsel 2,56 m, gest. 5 cm, Kehl 3,28 m, gest. 2 cm, Maxau 4,79 m, gest. 15 cm, Mannheim 4,00 m, gest. 18 cm

#### Geschäftliches.

GEORG A. JASMATZI A. G. DRESDEN  
GRÖSSTE DEUTSCHE  
CIGARETTENFABRIK





# Grosser Spezial-Verkauf

von

# Hochsommer-Kleidung

zu erstaunlich billigen Preisen.

Mit diesem Spezial-Verkauf bieten wir eine günstige Gelegenheit zum Einkauf von Hochsommer-Kleidung

Trotz der billigen Preise dennoch **Rabattmarken**

Die Preise für  
**Herren-Anzüge**  
aus Luster, Leinen, Tussor und Flanell-Stoffen  
in tadelloser Ausführung

Mark	15.—	22.—	27.—	33.—
regulär bis	19.—	27.—	33.—	39.—

Dauer  
von Samstag  
den 21. cr.  
bis Samstag  
den 28. cr.

Die Preise für  
**Knaben-Anzüge**  
aus haltbaren Waschstoffen, in hübschen Formen und  
Farben von Grösse 1 bis 6 (für 3 bis 8 Jahre)

Mark	1.75	3.25	4.75	7.00
regulär bis	4.—	6.—	9.—	12.—

Die Preise für  
**Saccos**  
in den gleichen Stoffen wie Anzüge

Mark	4.50	6.—	9.—	12.—
regulär bis	6.—	8.50	11.50	15.—

Wir bitten  
ganz besonders  
um Beachtung  
unserer  
Schaufenster.

Die Preise für  
**Knaben-Wasch-Blusen**

Mark	0.90	1.75	2.50	3.25
regulär bis	2.—	3.50	5.—	6.50

Eine Serie **Wasch-Westen** **2.75**  
zum Einkaufspreis von Mk.

Ein Serie **Knaben- u. Jünglings-Anzüge** **8.00**  
in Lein. u. Flan. reg. bis 21.— z. Einheitspreis v. Mk.

# Spiegel & Wels.

## Stadtgarten Karlsruhe.

Montag den 23. Juni d. J., abends 8 Uhr  
zur Feier des Johannistages  
**Doppel-Konzert**

der vollständigen Kapelle des 1. Badischen Leibgaradier-Regiments Nr. 109 und der beiden Artillerie-Kapellen Nr. 14 und 50 unter Leitung der Herren Musikmeister Bernhagen, Musikmeister Granzau und Obermusikmeister Schotte.  
Bei Eintritt der Dunkelheit  
**Brillant-feuerwerk**  
auf dem Stadtgartensee, ausgeführt von dem Königl. Feuerwerkstechniker Herrn Wilhelm Fischer aus Gleibromm.  
Zum Schluß  
**Johannis-Feuer.**

**Eintritt:** 1722  
Inhaber von Stadtgarten-Jahreskarten und von Kartenheften . . . . . 30 Pfg.  
Sonstige Personen . . . . . 60 Pfg.  
Militär und Kinder je die Hälfte.  
Die Musikabonnementskarten haben Gültigkeit.  
**Programm 10 Pfg.**  
Die Eintrittskarten berechtigen nur zum einmaligen Eintritt.  
Bei ungünstiger Witterung wird die Veranstaltung auf Mittwoch den 25. Juni, abends 8 Uhr, verschoben.  
Eintrittskarten sind am 23. Juni vormittags von 9 Uhr an im Vorverkauf an der Kasse am Stadtgarteneingang auf der Westseite der Festhalle zu haben. Von abends 6 Uhr an ist auch eine Kasse beim Stadtgarteneingang auf der Ostseite der Festhalle geöffnet.  
Das Belegen von Tischen und Stühlen ist nur mit Zustimmung der Stadtgarten-Kommission (Rathaus, Zimmer Nr. 41) gestattet. Belegte Tische müssen schon um halb 8 Uhr besetzt sein, andernfalls sie freigegeben werden.

**Zahn-Atelier**

**Heinrich Bohner**

Künstliche Zähne, Plombieren  
Schmerzloses Zahnziehen. ::

**DURLACH, Leopoldstrasse 3**  
vis à vis der Kaserne. 1846

**Arbeiter! Agitiert für den Volksfreund.**

**Rabatt**



Anfang Januar 1914  
kommen nach dem  
**abgeänderten Plane**  
nahezu 1454

## 3000

### Prämien

auf die in diesem Jahre ausgegebenen gelben Bescheinigungen zur Verteilung. Die Anzahl der Prämien hat sich gegen das Vorjahr bedeutend vermehrt. Man wolle deshalb

**Bar-Rabatt**  
**zurückweisen**  
und  
**nur Rabattmarken**  
des Rabatt-Spar-Vereins Karlsruhe annehmen.  
Die Vorteile vergrößern sich mit der Anzahl der Gutscheine.

**Billiges Angebot!**

Kostüme	M 7.50 an
Leinen-Mäntel	M 4.50
Röcke	M 3.50
Staubmäntel	M 3.90
Kostüm-Röcke	M 2.90
Blusen, weiß u. fsg.	M .75
Damenhemden	M .95
Damenhosen	M .95
Unterhosen	M .75

**Wilhelmstr. 34, 1 St.**  
Keine Ladenscheine. 1831

## Verhalten bei Gasausströmungen.

Wir machen darauf aufmerksam, daß kein Raum, in welchem es nach Gas riecht, mit brennendem Licht bestreut werden darf, gleichgültig, ob im Hause Gas eingerichtet ist oder nicht. Brennende Lichter und Feuerungen sind bei auftretendem Gasgeruch zu löschen. Auch müssen sofort die Fenster und Türen geöffnet und dadurch für ausgiebige Lüftung gesorgt werden. Insbesondere darf kein Lokal, in welchem Gasgeruch wahrgenommen wird, zu längerem Aufenthalt für Personen, namentlich zum Schlafen, benützt werden. Sofern sich die Ursache des auftretenden Gasgeruches nicht sofort erkennen und beseitigen läßt, ist umgehend das **Städt. Gaswerk I, Kaiserallee 11, Telefon 347** (Anschluß auch über das Rathaus), zu benachrichtigen.

Bei Unfällen ist streng darauf zu achten, daß nach Abnahme der Beleuchtungskörper die Decken- und Wandscheiben durch eingeschraubte Verschlusklappen oder -Stopsfenster ordnungsgemäß verschlossen werden. Der Verschluss mittels Papier- und Korkstopfen ist unzulässig und gefährlich, weshalb wir dringend hiervon warnen.

Karlsruhe, den 21. Juni 1913. 1668

**Städtisches Gaswerk.**

## Ortskrankenkasse Bruchsal.

Die statutengemäße ordentliche  
**Generalversammlung**  
findet am **Donnerstag den 26. Juni 1913, abends 8 1/2 Uhr**, in der Aula des neuen Mädchenschulhauses statt mit folgender Tagesordnung:

1. Bericht über die Rechnung für das Jahr 1912.
2. Bericht über den derzeitigen Stand der Kasse.
3. Beschlußfassung über die nach den Vorschriften der Reichsversicherungsgesetzgebung aufgestellten neuen Satzungen.
4. Verschiedenes.

Zu zahlreicher Besuche ladet ein, jedoch mit dem Bemerkten, daß nur die erwählten Vertreter zur Generalversammlung stimmberechtigt sind. 1747

Bruchsal den 21. Juni 1913.

**Der Vorstand:**  
F. Holoch, Vorsitzender.

**Zu kaufen gesucht:**  
Getragene Kleider, Schuhe, Wäsche, Wandschirme, Gold, Silber, alte Gebisse. 943

**Frau Pfleger**  
Steinstraße 16, 1. St.

**Das Landen.** 1692  
Wohnung von 3 Zimmer u. allem Zubehör sowie Gärtnerhof u. Garten zu verm. **Kastnerstr. 15.**

## Schlafzimmer

2 englische Bettstellen, nußbaum poliert, Raktisch und Waschkommode mit Marmor und Spiegelglas, Preis nur **215 Mk.**, abzugeben. Ganze Aussteuerung sehr billig im Möbel- u. Bettenhaus der Weststadt 1688  
**Wilh. Seiter, Sofienstr. 85.**

## Wohlfahrts-Lotterie!

Ziehung schon 12. Juli 2022 Gew. i. Gesamtw. v.  
**12000 Mk.**  
Hauptgewinn  
**3000 Mk.**  
**Offenburger Jubiläums-Lotterie**  
Ziehung am 23. Juli Gesamtwert d. Gewinne  
**30000 Mk.**  
Hauptgewinn  
**6000 Mk.**  
Wohlfahrts-Lose à 50 S  
11 Lose 5 Mk.  
Offenburger-Lose à 1 Mk.  
11 Lose 10 Mk.  
Porto und Liste je 25 S empfiehlt 1558

**J. Stürmer**

Lotterie-Unternehmer  
Filiale: Kehl a. Rh., Hauptstr. 47.  
In Karlsruhe: Carl Götz, Hebelstr. 11/15, Gebr. Ehringer, Kaiserstr. 60, Woerner & Wehrh, Erbprinzenstr. 20.

Wegen Umzug sehr billig abzugeben: Engl. Bett, gute Federbetten, Bücherregal, Kolossaläufer, eis. Kinderbettstelle mit guter Matratze, grüne Tischdecke, Fenstertrapezen, Schreibstisch, Stuhl, 6 Stühle, Eßzimmer, Vertiko, Plüschdivan, gelbes Kuddelmanduhr 6 Mk., gut silb. Herrenuhr 6 Mk., silb. Damenuhr 6 Mk., Chaiselongue, grün, feine Damenohrringe 4 Mk., 2 Gartenstühle, Tisch 2 Mk. 1742  
**Rintheimerstr. 20, part.**